BESCHLUSSVORLAGE **V0736/25** öffentlich	Werkleiter Telefon Telefax E-Mail Datum	Jochen Bocklet und Dr. Andreas Tiete, MBA 880-10 01 880-6610 01 melanie.roithmaier@klinikum-ingolstadt.de 01.07.2025

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs-ergebnis
Krankenhauszweckverband, Verbandsversammlung	29.10.2025	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Billigung des Konzernjahresabschluss und -lageberichtes für das Geschäftsjahr 2024 des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt

Antrag:

Der geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernjahresabschluss und -lagebericht des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt für das Geschäftsjahr 2024 wird von der Verbandsversammlung gebilligt.

Jochen Bocklet
Werkleiter

Dr. Andreas Tiete, MBA
Werkleiter

Sachvortrag:

Der Jahresabschluss des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt für das Jahr 2024 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH, München, geprüft und am 22. September 2025 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Anlage
Jahresabschluss und Lagebericht 2024 des Konzerns Krankenhauszweckverband Ingolstadt

Testatsexemplar

Krankenhauszweckverband Ingolstadt
Ingolstadt

Konzernabschluss zum 31. Dezember 2024
und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2024

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS

pwc

Inhaltsverzeichnis

Seite

Konzernlagebericht 1

Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 1

1. Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024 3
2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 5
3. Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2024 7

   Anlagennachweis 17
4. Kapitalflussrechnung 21
5. Konzerneigenkapitalspiegel 23

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS 1

Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Zweckverband der Stadt Ingolstadt und des Bezirks Oberbayern

Konzernlagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Konzernstruktur

Das Mutterunternehmen Krankenhauszweckverband Ingolstadt, gegründet im November 1981, stellt für die Verbandsmitglieder Stadt Ingolstadt und den Bezirk Oberbayern die stationäre und ambulante Krankenversorgung für die Region Ingolstadt sicher. Zum 01. Januar 2005 wurde der Klinikbetrieb, die Entwöhnungseinrichtung und die Seniorenwohnanlage „Betreutes Wohnen" mit den Bauten auf die neu gegründete Klinikum Ingolstadt GmbH ausgegliedert. Der ebenfalls in die Klinikum Ingolstadt GmbH ausgegliederte Betrieb eines Pflegeheims wurde zum 01.01.2007 auf deren neu gegründete Tochtergesellschaft, die Alten- und Pflegeheim GmbH, übertragen. Der Grundbesitz verblieb beim Krankenhauszweckverband und wird seither unentgeltlich überlassen. Dies gilt auch für die im Jahr 2010 erworbene Reiser-Klinik im Süden Ingolstadts, die die Klinikum Ingolstadt GmbH nutzt.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt betreibt das Berufsbildungszentrum (BBZ) mit acht staatlich genehmigten und anerkannten Berufsfachschulen mit insgesamt 645 Ausbildungsplätzen.

Der Krankenhauszweckverband vermietet das auf dem Gelände des Klinikums in 2005 errichtete Reha- und Geriatriegebäude. Der Betrieb des Geriatriezentrum Neuburg auf zwei Stationen wurde zum 30.04.2024 eingestellt und der Mietvertrag zum 31.07.2024 beendet. Die freigewordenen Räumlichkeiten wurden ab dem 01.08.2024 an das Reha-Zentrum-Ingolstadt vermietet. Hiermit konnte das Angebot des Reha-Zentrum-Ingolstadt mit zusätzlichen Behandlungsplätze für die stationäre neurologische Rehabilitation erweitert werden.

Das Pflegeheim Anna-Ponschab Haus wurde vom Krankenhauszweckverband und von der Heilig-Geist-Spital-Stiftung in 2013 errichtet. 80 Plätze stehen im Teileigentum der Heilig-Geist-Spital Stiftung für das der Krankenhauszweckverband ein Erbbaurecht gewährte. 100 Plätze stehen im Teileigentum des Krankenhauszweckverbandes. Davon sind 20 Plätze an die Klinikum Ingolstadt GmbH und 80 Plätze an die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt vermietet.

Die Tochtergesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH betreibt das Klinikum als Krankenhaus der II. Versorgungsstufe mit integrierter psychiatrischer Klinik. Die Bettenkapazität liegt Ende 2024 bei 1.073 Planbetten für vollstationäre Patienten und bei 93 Plätzen für die teilstationäre Behandlung. Ferner betreibt die Klinikum Ingolstadt GmbH eine Einrichtung für betreutes Wohnen in der Beckerstraße.

Die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Klinikum Ingolstadt GmbH betreibt in vom Krankenhauszweckverband Ingolstadt angemieteten Räumen psychiatrische Langzeitpflege sowie Wiedereingliederung. In der Langzeitpflege werden 40 Plätze, davon 20 im beschützenden und 20 im offenen Bereich vorgehalten. Die Psychiatrische Eingliederungshilfe für seelisch kranke Erwachsene nach § SGB IX verfügt ebenfalls über 40 Plätze, davon 22 in Form einer beschützenden, geschlossenen Unterbringung und 18 Plätze mit offener Unterbringung.

Die 2006 von der Klinikum Ingolstadt GmbH gegründete Tochtergesellschaft Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH betreibt ein MVZ im Sinne § 95 SGB V zur Erbringung vertragsärztlicher und privatärztlicher Leistungen.
Es werden KV-Sitze mit folgenden Fachrichtungen betrieben:

-	Chirurgische Praxis	1,0 KV-Sitze
-	Gynäkologische Praxis	1,0 KV-Sitze
-	Praxis für Neurochirurgie	1,0 KV-Sitze
-	Praxis für Neurologie	2,0 KV-Sitze
-	Praxis für Orthopädie und Chirotherapie	1,0 KV-Sitze
-	Praxis für Anästhesie	2,5 KV-Sitze

- Praxis für Labormedizin 0,5 KV-Sitze

Aufgabe der MVZ GmbH ist neben der Teilnahme an der allgemeinen ambulanten Versorgung die ambulante, prä- und poststationäre Behandlung der Patienten der Klinikum Ingolstadt GmbH sicherzustellen.
Die fachübergreifende Behandlung und die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Fachärzte im MVZ gewährleistet eine optimale Patientenversorgung, insbesondere an der Schnittstelle ambulante / stationäre Versorgung.
Von der anästhesiologischen Praxis werden sowohl Leistungen für das ambulante Operationszentrum der Klinikum Ingolstadt GmbH als auch für externe niedergelassene Ärzte und Praxen erbracht.
Seit April 2013 werden auch betriebsmedizinische Leistungen für das Klinikum und verbundene Unternehmen erbracht.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2024 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis Nr. 19 vom 15.01.2025) um 0,2 % niedriger als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug der Rückgang der Wirtschaftsleistung ebenfalls 0,2 %. "Konjunkturelle und strukturelle Belastungen standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege", sagte Ruth Brand bei der Pressekonferenz "Bruttoinlandsprodukt 2024 für Deutschland" in Berlin. "Dazu zählen zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein nach wie vor erhöhtes Zinsniveau, aber auch unsichere wirtschaftliche Aussichten. In diesem Umfeld schrumpfte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2024 erneut", so Brand weiter.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung sank im Jahr 2024 insgesamt um 0,4 % gegenüber dem Jahr 2023. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. Die Dienstleistungsbereiche entwickelten sich im Vorjahresvergleich insgesamt positiv. Die vom Staat geprägten Wirtschaftsbereiche konnten Zuwächse verzeichnen. Neben der öffentlichen Verwaltung selbst wuchsen auch die Bereiche Erziehung und Unterricht sowie Gesundheitswesen weiter.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2024 von durchschnittlich 46,1 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 0,2 % oder 72.000 Personen mehr als im Jahr zuvor und so viele wie noch nie in Deutschland. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit verlor aber deutlich an Dynamik und kam gegen Ende des Jahres 2024 zum Erliegen. Der Beschäftigungsaufbau fand im Jahr 2024 ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen statt, vor allem im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit. Die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe und im Baugewerbe sank dagegen.

Das Finanzierungsdefizit des Staates liegt im Jahr 2024 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis Nr. 070 vom 25.02.2025) bei 118,8 Milliarden Euro. Damit fiel das Defizit um 15,0 Milliarden Euro höher aus als im Vorjahr, da die Ausgaben des Staates mit +5,3 % auf 2.131,6 Milliarden Euro stärker stiegen als die Einnahmen mit +4,8 % auf 2.012,9 Milliarden Euro.
Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen errechnet sich für 2024 eine Defizitquote von 2,8 %.

Mit 62,3 Milliarden Euro entfiel gut die Hälfte des gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits im Jahr 2024 auf den Bund. Allerdings konnte der Bund sein Finanzierungsdefizit damit gegenüber dem Vorjahr um 30,5 Milliarden Euro verringern. Bei Ländern und Gemeinden gab es hingegen deutliche Defizitzuwächse: Das Defizit der Länder verdreifachte sich im Vorjahresvergleich auf 27,3 Milliarden Euro (2023: 9,0 Milliarden Euro). Das Defizit der Gemeinden erhöhte sich um 7,6 Milliarden Euro auf 18,6 Milliarden Euro. Die Sozialversicherung wies im Jahr 2024 ein Finanzierungsdefizit von 10,6 Milliarden Euro auf, nachdem sie 2023 noch einen Überschuss von 9,0 Milliarden Euro erreicht hatte. Damit verzeichneten erstmals seit dem Jahr 2009 alle vier Teilsektoren des Staates ein Finanzierungsdefizit.

Die Zinsausgaben lagen im Jahr 2024 um 24,2 % höher als im Vorjahr. Die monetären Sozialleistungen stiegen um 7,0 %. Dies resultierte in erster Linie aus höheren Ausgaben für Renten und Pensionen. Erheblich mehr wurde auch für das Pflegegeld und für das Bürgergeld ausgegeben. Die sozialen Sachleistungen nahmen um 8,0 % zu. Dies lag unter anderem an Mehrausgaben für Krankenhausbehand-

lungen, Medikamente und Pflege sowie an höheren Ausgaben in den Bereichen der Jugend-, Eingliederungs- und Sozialhilfe. Dagegen sanken die Subventionen um 35,6 %, weil die Entlastungsmaßnahmen (Energiepreisbremsen) für hohe Energiepreise Ende 2023 endeten.

Laut DKI-Krankenhausindex vom 20.03.2025 bleibt die wirtschaftliche Lage der deutschen Krankenhäuser weiter sehr angespannt. 69 % der Allgemeinkrankenhäuser bewerten ihre aktuelle wirtschaftliche Situation als schlecht (34 %) oder sehr schlecht (35 %). Nur 10% der Krankenhäuser bewerten sie als gut (9 %) oder sehr gut (1%). Verglichen damit fallen die Ergebnisse für die Psychiatrien etwas besser aus.
In Zukunft ist mit weiteren Versorgungseinschränkungen in der stationären Versorgung zu rechnen. 37 % der Allgemeinkrankenhäuser gehen davon aus, Personal zu reduzieren, und 27 % der Häuser, das Leistungsangebot einschränken zu müssen, z. B. über die vorübergehende Schließung von Stationen. Weitere 15 % der Allgemeinkrankenhäuser erwarten Einschränkungen beim Leistungsumfang, etwa durch die Verschiebung planbarer Operationen.
Im Rahmen der durch das KHVVG bewirkten Veränderungen in der Krankenhausplanung sind regionale Kooperationen zwischen Krankenhäusern ggf. sinnvoll, etwa um die Leistungsgruppenplanung standortübergreifend abzustimmen oder Mindestanforderungen an die Qualität der Leistungserbringung gemeinsam erfüllen zu können. Diesbezüglich gibt es schon zahlreiche Aktivitäten: So hat in 59 % der Krankenhäuser ein (erster) Austausch mit umliegenden Krankenhäusern zu einer abgestimmten Leistungsgruppenplanung stattgefunden. Bei 29 % der Befragten gibt es bereits (vorläufige) Vorabsprachen mit umliegenden Häusern zu einer abgestimmten Leistungsgruppenplanung. 79 % der Krankenhäuser beabsichtigen Kooperationen mit anderen Krankenhäusern oder Leistungserbringern, um die Mindestanforderungen an die Qualität der Leistungserbringung gemäß § 135e SGB V erfüllen zu können. Davon wollen 80 % telemedizinische oder telematische Anwendungen für diesem Zweck nutzen.

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) veröffentlichte am 07.03.2025 die vorläufigen Finanzergebnisse der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für das Gesamtjahr 2024.
Die Finanzreserven der Krankenkassen betrugen Ende Dezember 2024 nur noch 2,1 Mrd. Euro bzw. rund 0,08 Monatsausgaben und entsprachen damit nicht einmal mehr der Hälfte der gesetzlich vorgesehenen Mindestreserve von 0,2 Monatsausgaben.

Der Gesundheitsfonds verzeichnete im Jahr 2024 ein Defizit in Höhe von 3,7 Mrd. Euro. Das Defizit resultiert maßgeblich aus einer Maßnahme des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes: Durch die Absenkung der Obergrenze der Liquiditätsreserve wurden 2024 insgesamt rund 3,1 Mrd. Euro an die Krankenkassen ausgeschüttet, um die Zusatzbeitragssätze der Krankenkassen zu stabilisieren. Die Liquiditätsreserve zum 15. Januar 2025 betrug rund 5,7 Mrd. Euro. Die Beitragseinnahmen (ohne Zusatzbeiträge) stiegen im Jahr 2024 im Vergleich zum Jahr 2023 um 5,6 %. Verantwortlich für die hohen Zuwächse bei den Beitragseinnahmen sind insbesondere inflationsbedingt kräftige Lohnsteigerungen.

Den Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen in Höhe von 320,6 Mrd. Euro standen Ausgaben in Höhe von 326,9 Mrd. Euro gegenüber. Die Ausgaben für Leistungen und Verwaltungskosten verzeichneten bei einem Anstieg der Versichertenzahlen von 0,3 % einen Zuwachs von 7,7 %. Der durchschnittlich von den Krankenkassen erhobene Zusatzbeitragssatz lag nach unterjährigen Anhebungen der Zusatzbeitragssätze zum Jahresende 2024 mit 1,82 % oberhalb des Ende Oktober 2023 für das Jahr 2024 bekannt gegebenen durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes von 1,7 %. Die Krankenkassen verzeichneten im Jahr 2024 bei einem Versichertenzuwachs von 0,3 % einen Zuwachs der Leistungsausgaben und Verwaltungskosten von 7,7 %. Die Leistungsausgaben stiegen dabei um 8,1 %, die Verwaltungskosten reduzierten sich um 0,6 %. Damit hat sich die Ausgabendynamik gegenüber dem Vorjahr (2023: +5,0 %) beschleunigt. Hier wirken sich trotz der ausgabendämpfenden Maßnahmen des Finanzstabilisierungsgesetzes insbesondere auch inflationsbedingt höhere Ausgaben für Personal- und Sachkosten sowie Vergütungen für die Leistungserbringer aus. In absoluten Zahlen stiegen die Ausgaben der Krankenkassen um 23,3 Mrd. Euro.
Maßgeblich beeinflusst wurde diese dynamischere Entwicklung durch die Aufwendungen für Krankenhausbehandlungen, die um rund 8,1 Mrd. Euro (+8,7 %) im Vergleich zum Vorjahr wuchsen. Ein besonders dynamisches Wachstum wird erneut bei den Pflegepersonalkosten verzeichnet, welche im 1.-4. Quartal um 2,6 Mrd. Euro (+13,1 %) gestiegen sind. Zwar wuchsen die Krankenhausausgaben ohne Pflegepersonalkosten mit +7,5 % weniger stark, jedoch stellt auch dies eine im langjährigen Vergleich hohe Dynamik dar.

Noch dynamischer ist der Ausgabenanstieg im Bereich der Arzneimittel, welcher unter anderem aufgrund der in 2024 ausgelaufenen (einmaligen) Anhebung des Herstellerrabattes in 2023 um 9,9 % (+5,0 Mrd. Euro) gewachsen ist. Die Brutto-Aufwendungen für Arzneimittel ohne Rabatte wuchsen gegenüber dem Vorjahr um rund 7 % (+4,2 Mrd. Euro). Dies stellt den stärksten Anstieg seit über 10 Jahren dar.
Der Veränderungswert nach § 9 Abs. 1b Satz 1 KHEntgG für das Jahr 2024, der maßgeblich für die Budgetsteigerung und als Orientierungsgröße für das Ausbildungsbudget diente, lag bei 5,13 % (Vorjahr 4,32 %).

Geschäftsverlauf im Konzern

Wesentliche Leistungsdaten	IST 2024	IST 2023
Vollstationäre Patienten	34.921	33.221
Case-Mix-Index	0,905	0,905
Case-Mix-Punkte	29.747	28.856
Teilstationäre Patienten	1.893	1.625
Patienten in der MVZ GmbH	25.865	28.584
Berechnungstage im Alten- und Pflegeheim	29.163	27.773
Auszubildende im Berufsbildungszentrum	480	480
Auslastung in der Klinikum Ingolstadt GmbH, vollstationär in %	73,34	74,49
Auslastung in der Klinikum Ingolstadt GmbH, teilstationär in %	63,21	59,15
Auslastung im Alten- und Pflegeheim in %	99,60	95,10
Operationen, gesamt (ambulant und stationär)	21.278	21.247

Beim Krankenhauszweckverband waren im Jahr 2024 von 645 Ausbildungsplätzen – wie im Vorjahr - 480 besetzt. Die meisten freien Plätze befanden sich in der Berufsfachschule für Krankenpflege (99).

In der Hebammenschule konnten durch die Akademisierung der Ausbildung lediglich bis zum Ausbildungsbeginn 2022 Schülerinnen aufgenommen werden. Der Schulbetrieb in dieser Fachschaft endet am 30.09.2025. Für die Hebammenstudierenden findet die theoretische Ausbildung in der Hochschule statt, die Praxisinhalte werden in kooperierenden Kliniken vermittelt.

Die neue Ausbildung für Operations- und Anästhesietechnische Assistenten (OTA/ATA-Ausbildung) hat im September 2022 begonnen. Die bisherige theoretische Ausbildung für Operationstechnische Assistenten nach den DKG-Richtlinien für die Klinikum GmbH ist letztmalig im Oktober 2021 gestartet und hat im Herbst 2024 geendet.

Auch mit In-Kraft-Treten des neuen Pflegeberufegesetzes, das erstmals im Schuljahr 2020/21 umgesetzt wurde, werden die bestehenden Kooperationen mit den Kliniken Eichstätt und Kösching fortgesetzt. Diese finden, wie auch bei den weiteren Kooperationspartnern, Klinikum Ingolstadt GmbH, Diakonisches Werk Ingolstadt, Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, Heilig-Geist-Spitalstiftung, Ambulanter Pflegedienst Ingolstadt GmbH, Privater sozialer Pflegedienst Ponzer, Alloheim Senioren-Residenzen Vierte SE & Co. KG, im Rahmen eines Ausbildungsverbundes statt. Dazu wurde ein entsprechender Kooperationsvertrag geschlossen, der zum Schuljahr 2020/2021 in Kraft getreten ist.

Ebenso wird die Kooperation bei der Ausbildung von Pflegefachhelfern mit den Kliniken Eichstätt, Kösching und Kipfenberg weitergeführt. Bei den Kooperationen werden die Auszubildenden für den theoretischen und praktischen Unterricht an unseren Schulen unterrichtet, die praktische Ausbildung wird in den jeweiligen Krankenhäusern absolviert. Von den insgesamt 40 Plätzen sind jeweils 20 für den Ausbildungsstart im April und September vorgesehen.

Das Berufsbildungszentrum Gesundheit des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt nimmt bereits seit dem Schuljahr 2016/17 an einem Schulversuch mit einer Klasse für Asylbewerber und Flüchtlinge teil. Von den jeweils 20 Schülerinnen und Schülern, die am diesjährigen Schuljahresanfang gestartet

sind (von ca. 40 Bewerbungen), sind derzeit noch 20 in der Klasse. Aufgrund deren Geeignetheit sind für den Ausbildungsstart zum Pflegefachhelfer im September 2025 ca. 2 bis 3 Schüler aus der Pflegehelfervorklasse vorgesehen.

Für das Schuljahr 2025/2026 wurde per Antrag an die Regierung von Oberbayern die Fortsetzung des Schulversuchs initiiert. Der Bescheid der Regierung von Oberbayern steht noch aus. Dazu liegen bereits vereinzelt Bewerbungen von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Personen mit Migrationshintergrund vor, die eine pflegerische Ausbildung beginnen möchten.

Bei den Vermietungen gab es im Jahr 2024 einen Mieterwechsel im Reha- und Geriatriegebäude zum 01.08.2024, die sonstigen Vermietungen konnten unverändert vollumfänglich fortgeführt werden.

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 4,8 Mio. EUR (Vorjahr: Jahresüberschuss von 0,6 Mio. EUR). Er enthält mit 28,6 Mio. EUR erstmals den Ausgleich des Verlustes bei der Klinikum Ingolstadt GmbH, für den die Träger eine Betriebsumlage von 23,0 Mio. EUR leisteten. Der nicht durch die Betriebsumlage gedeckte Verlustanteil von 5,6 Mio. EUR wird aus dem bestehenden Gewinnvortrag gedeckt.

Der Überschuss aus der Geschäftstätigkeit des Krankenhauszweckverbandes stieg im Vorjahresvergleich um 0,2 Mio. EUR auf den für 2024 erwarteten Überschuss von 0,8 Mio. EUR.

Die Betriebsleistung liegt mit 10,2 Mio. EUR um 0,3 Mio. EUR unter Plan aufgrund geringerer Zuweisungen für Lehrpersonal. Auch der Betriebsaufwand fällt mit 9,7 Mio. EUR um 0,3 Mio. EUR geringer aus, im Wesentlichen blieben die Personalaufwendungen mit 6,3 Mio. EUR um 0,6 Mio. EUR unter Plan; der Personaleinsatz lag um 12,8 Vollkräfte unter Plan und auch die Pensions-/Beihilferückstellungen wurden aufwandsentlastend abgestockt. Gegenläufig wirken ungeplante Aufwendungen aus dem Abgang der Medientechnik in Höhe von 0,3 Mio. EUR.

Das Zinsergebnis liegt mit 0,3 Mio. EUR um 0,1 Mio. EUR über Plan, aufgrund zinssatzbedingt höherer Zinserträge aus Darlehensgewährungen an die Klinikum Ingolstadt GmbH.

Im Klinikum Ingolstadt stiegen im Vergleich zum Vorjahr die Fallzahlen um 5,7 %. Sie liegen jedoch weiter um 6,5 % unter den Werten aus 2019 vor der Corona-Pandemie.

Statt der geplanten 37.792 Patienten wurden 34.921 Patienten stationär versorgt. In der Somatik wurde mit einem um 8 % unter Plan liegenden Fallaufkommen von 31.484 vollstationären Patienten ein um 5,6 % unter Plan liegendes Case-Mix Volumen von 29.747 Punkten erzielt. Der CMI von 0,905 unterschreitet den Planwert (0,936) um 3,3 %. In der Psychiatrie liegt das Fallaufkommen von 3.437 vollstationären Patienten um 2,8 % unter Plan. Die 94.681 Bewertungsrelationen unterschreiten den Planansatz um 3,9 %.

Der Betriebsaufwand fällt mit 309,2 Mio. EUR um 12,2 Mio. EUR höher aus als geplant, während die Betriebsleistung mit 285,6 Mio. EUR den Planwert nur um 10,6 Mio. EUR übertrifft. Dazu kommt eine um 0,8 Mio. EUR niedriger als geplant ausgefallene Zinsbelastung von 0,6 Mio. EUR. Das weiterhin negative Betriebsergebnis nach Zinsen von 24,1 Mio. EUR fällt damit um 0,8 Mio. EUR geringer aus als geplant. Entlastend wirken per saldo positive Sondereinflüsse von 9,0 Mio. EUR. Sie betreffen Rückstellungsauflösungen von 1,7 Mio. EUR, Zuschüsse für Vorjahre von 3,4 Mio. EUR sowie Ausgleiche aus der Budgetvereinbarung für Vorjahre von 4,0 Mio. EUR. Zudem erfolgte eine ungeplante Gewinnausschüttung von der Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH in Höhe von 0,4 Mio. EUR. Der Jahresverlust 2024 fiel damit mit 14,7 Mio. EUR um 9,3 Mio. EUR niedriger aus als geplant.

Gegenüber dem Vorjahr fällt der Jahresverlust um 7,5 Mio. EUR niedriger aus. Dem Anstieg der Betriebserträge um 19,1 Mio. EUR auf 285,6 Mio. EUR steht ein Anstieg der Aufwendungen um 18,7 Mio. EUR auf 309,2 Mio. EUR gegenüber, der insbesondere die Personalaufwendungen (+14,4 Mio. EUR) sowie den medizinischer Sachbedarf (+4,0 Mio. EUR) betrifft. Die Zinsbelastung verringerte sich um 0,5 Mio. EUR auf 0,6 Mio. EUR. Damit ergibt sich ein gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. EUR geringeres negatives Betriebsergebnis von 24,1 Mio. EUR. Entlastend wirken im Geschäftsjahr die per saldo um 6,2 Mio. EUR höheren positiven Sondereffekte aus Zuschüssen für Vorjahre, aus der Budgetvereinbarung für Vorjahre, Rückstellungsauflösungen und periodenfremden Erlösen von 9,1 Mio. EUR. Zudem

erfolgte in 2024 eine Gewinnausschüttung von der Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH in Höhe von 0,4 Mio. EUR.

In der Alten- und Pflegeheim GmbH stieg die Gesamtauslastung im Geschäftsjahr 2024 leicht auf 99,6 % (Vorjahr 95,1 %). Damit waren durchschnittlich 79,7 Plätze (Vorjahr 76,1 Plätze) belegt. Die Gesamtauslastung lag um 1,6%-Punkte über der geplanten Auslastung von 98 %.
Im Bereich der Psychiatrischen Langzeitpflege war ein Anstieg der Auslastung, um 7,3 %-Punkte auf 99,2 % zu verzeichnen.
Im Wiedereingliederungsbereich für Menschen mit Behinderung stieg die Auslastung um 1,6 %-Punkte auf 100 %.
Die Erträge von TEUR 5.519 liegen um TEUR 460 über Plan. Die betrieblichen Aufwendungen liegen mit TEUR 5.209 jedoch nur um TEUR 191 über Plan, insbesondere durch Aufwendungen für Leiharbeitnehmer von TEUR 173. Aufgrund der Zinserträge aus kurzfristigen Darlehen an die Klinikum Ingolstadt GmbH konnte ein um TEUR 112 höheres positives Zinsergebnis von TEUR 113 realisiert werden. Unter Einbeziehung des Zinsergebnisses ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von TEUR 423, das den Planansatz von TEUR +42 um TEUR 381 überschreitet. Durch per saldo belastende Sondereffekte von TEUR 38, insbesondere wegen der Rückstellungsaufzinsungen (TEUR 14) und Pensionsumlagen (TEUR 25), ergibt sich ein Jahresgewinn von TEUR 385.

Das Ergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 455 auf TEUR 385 (Vorjahr Jahresverlust TEUR 71). Das Betriebsergebnis erhöhte sich dabei um TEUR 481. Den Erlöszuwächse von TEUR 958 stehen Aufwandssteigerungen von TEUR 486, die insbesondere den Personalaufwand sowie Aufwand für Leiharbeitnehmer betreffen, gegenüber. Positiv wirken die um TEUR 9 höheren Zinserträge aus den Geldanlagen. Gegenläufig wirken um TEUR 26 höhere belastende Sondereffekte.

Im Medizinischen Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH sanken über alle medizinischen Fachbereiche die Patienten (GKV, PKV, BG und IGeL) gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 9,5 % auf 25.865 Patienten. Der KV-Sitz Gynäkologie war 5 Monate nicht besetzt und auch in der Chirurgie war der KV-Sitz teils unbesetzt.

Im Geschäftsjahr 2024 konnte ein Gewinn von TEUR 261 erwirtschaftet werden. Dieser übertrifft den Planwert um TEUR 167. Die betrieblichen Erträge liegen dabei mit TEUR 3.459 nahezu auf Planniveau (TEUR 3.461). Ein Teilbetrag von TEUR 33 betrifft vor allem periodenfremde Nachvergütungen. Der Betriebsaufwand blieb mit TEUR 3.204 um TEUR 139 unter Plan. Dies betrifft insbesondere den unter Plan liegenden Personalaufwand. Das Zinsergebnis liegt mit TEUR 6 um TEUR 13 über Plan.
Im Vorjahresvergleich stieg der Gewinn um TEUR 87. Dies beruht insbesondere auf den um im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 80 niedrigeren Personalaufwendungen.

Ertragslage

Die **Umsatzerlöse** (einschließlich der Bestandveränderung) sind gegenüber dem Vorjahr um 26,8 Mio. EUR (+10,2 %) auf 288,8 Mio. EUR angestiegen.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen stiegen dabei um 23,5 Mio. EUR auf 258,3 Mio. EUR. Diese Entwicklung basiert im somatischen Bereich auf dem im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Patientenaufkommen, dem höheren Landesbasisfallwert und dem höheren Pflegebudget. Im psychiatrischen Bereich führte der Budgetausgleich aus der abgeschlossenen Budgetvereinbarung für das Jahr 2024 zu einer positiven Entwicklung. Auch das enthaltene Ausbildungsbudget erhöhte sich auf Grund der Vereinbarung mit den Kostenträgern um 0,6 Mio. EUR auf 12,9 Mio. EUR.
Die Erträge aus Wahlleistungen sind gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio. EUR (22,5 %) auf 7,0 Mio. EUR angestiegen. Auch die Erlöse aus ambulanten Leistungen stiegen um 1,0 Mio. EUR auf 7,5 Mio. EUR. Die Erlöse aus den Nutzungsentgelten der Ärzte liegen mit 0,3 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Die Erlöse aus Pflegeleistungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 Mio. EUR auf 5,4 Mio. EUR an. In der psychiatrischen Langzeitpflege stiegen die Erlöse aufgrund der der gestiegenen Auslastung. Die Erträge der Eingliederung seelisch kranker Erwachsener stiegen belegungsbedingt.

Die Praxiseinnahmen im Medizinischen Versorgungszentrum liegen mit 2,7 Mio. EUR aufgrund der Patientenrückgang und gegenläufigen Preiseffekte auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen Umsatzerlöse von 22,0 Mio. EUR liegen um 2,3 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Sie betreffen hauptsächlich Erlöse aus Vermietung und Verpachtung, Erlöse aus Apothekenlieferungen an andere Krankenhäuser sowie Umsätze aus Küche und Casino. Die enthaltenen periodenfremden Erlöse sind dabei mit 0,7 Mio. EUR um 1,0 Mio. EUR niedriger.

Die **Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand** sind mit 8,7 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mio. EUR gesunken. Im Rahmen der öffentlichen Zuwendungen und Zuschüsse wurden Energiekostenbelastungen, weitere ungedeckte Sachkosten sowie Zuschüsse für die Vorhaltung von Intensivkapazitäten von 5,4 Mio. EUR (Vorjahr 5,8 Mio. EUR) ertragswirksam erfasst. Aufgrund der seit September 2020 veränderten Finanzierung der Krankenpflegeausbildung sind um 0,1 Mio. EUR höhere Zuwendungen aus dem Pflegeausbildungsfonds von 1,8 Mio. EUR zu verzeichnen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** fallen mit 35,4 Mio. EUR um 24,7 Mio. EUR niedriger aus als im Vorjahr.
Die enthaltenen Erträge aus der Fördermittelvereinnahmung und Auflösung sind mit 26,9 Mio. EUR um 25,6 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr. Die übrigen betrieblichen Erträge sind im Vorjahresvergleich um 0,9 Mio. EUR auf 8,6 Mio. EUR gestiegen. Sie enthalten Erträge von 1,7 Mio. EUR (Vorjahr 1,6 Mio. EUR) aus der Auflösung von Rückstellungen. Die Erstattungen für Mutterschutz und Beschäftigungsverbote fallen mit 1,7 Mio. EUR um 0,3 Mio. EUR niedriger aus als im Vorjahr. Der von der Stadt Ingolstadt zu leistender Ersatz von Mehrkosten des TVöD für Beschäftigte in den Servicebereichen stieg um 0,8 Mio. EUR auf 3,3 Mio. EUR.

Der **Materialaufwand und die bezogenen Leistungen** sind um 4,4 Mio. EUR auf 71,2 Mio. EUR angewachsen. Der medizinische Sachbedarf stieg im Vorjahresvergleich um 4,0 Mio. EUR auf 48,1 Mio. EUR. Die Mehraufwendungen betreffen insbesondere Herzkatheterbedarf (+1,5 Mio. EUR), Zytostatika (+1,1 Mio. EUR), OP-Bedarf (+0,5 Mio. EUR), Implantate (+0,5 Mio. EUR) sowie Blutgerinnungsfaktoren und Immunglobuline (+0,4 Mio. EUR).

Auch die bezogenen medizinischen Leistungen sind mit 5,1 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mio. EUR höher, da Konsiliarleistungen in höherem Umfang bezogen wurden.

Die Kostenentwicklung für die Leistungen von Leiharbeitnehmern und Beleghebammen ist mit 5,6 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr (6,0 Mio. EUR) gesunken. Der größte Anteil davon lag in 2024 im pflegerischen Dienst bei 3,9 Mio. EUR (Vorjahr 4,7 Mio. EUR). Der Funktionsdienst folgt mit 0,8 Mio. EUR (Vorjahr 0,6 Mio. EUR), der ärztliche Dienst mit 0,6 Mio. EUR (wie im Vorjahr) und die Beleghebammen mit 0,3 Mio. EUR (Vorjahr 0,2 Mio. EUR). In Vollkräften beträgt die Anzahl aller Leiharbeitnehmer ohne Beleghebammen 31,2 Vollkräfte.

Die Lebensmittelkosten sind um 0,1 Mio. EUR auf 3,1 Mio. EUR angewachsen.

Die Kosten für bezogene Wäschereileistungen und die bezogenen Leistungen von Tochterunternehmen – insbesondere für Leistungen der Betriebsmedizin, die Nutzung von Kommunikationsportalen, Hausverwaltungsleistungen und Unterstützungsleistungen der Alten- und Pflegeheim GmbH bezüglich des Betreuten Wohnens – liegen mit insgesamt 1,9 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Der Aufwand für Energie- und Wasserverbrauch erhöhte sich wegen höheren Energiepreisen um 0,3 Mio. EUR auf 6,4 Mio. EUR.

Der **Personalaufwand** ist um 14,4 Mio. EUR auf 215,5 Mio. EUR angestiegen.

Der Personaleinsatz stieg bei den im Konzernabschluss berücksichtigten Unternehmen um 28,5 Vollkräfte auf 2.546,9 Vollkräfte, wobei im Bereich Ärzte und Pflegedienst ein Personalaufbau von 13,6 VK erfolgte.

Personalentwicklung im Konzern	2024	2023	Veränderung	
	Vollkräfte	Vollkräfte	Vollkräfte	%
Ärzte	393,1	391,4	1,7	0,4
Pflegedienst	971,9	960,0	11,9	1,2
Medizinisch-technische Assistenten	288,1	291,8	-3,7	-1,3
Funktionsdienst	283,5	274,4	9,1	3,3
Klinisches Hauspersonal	103,7	101,9	1,8	1,7
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	158,7	157,1	1,6	1,0
Technischer Dienst	58,0	56,9	1,1	1,9
Verwaltungsdienste	185,0	180,7	4,3	2,4
Lehrkräfte in den Ausbildungsstätten	46,8	46,4	0,4	0,9
Sonderdienste	13,1	13,3	-0,2	-1,8
Sonstige	44,9	44,5	0,4	1,0
durchschnittlicher Personaleinsatz	**2.546,9**	**2.518,4**	**28,5**	**1,1**

Gesetzliche Vorgaben und die Sicherstellung der Versorgungsbereitschaft wirken sich weiterhin personalsteigernd aus. Ziel bleibt weiterhin eine bedarfsgerechte quantitative personelle Ausstattung aller Bereiche unseres Klinikums.

Die **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen sind im Vorjahresvergleich um 1,3 Mio. EUR auf 19,1 Mio. EUR gestiegen. Die Abschreibungen für geförderte Investitionen stiegen um 0,9 Mio. EUR auf 13,4 Mio. EUR. Die auf eigenfinanzierte Investitionen entfallenden Abschreibungen sind um 0,4 Mio. EUR auf 5,6 Mio. EUR gestiegen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sanken um 25,8 Mio. EUR auf 40,6 Mio. EUR.

Die enthaltenen Aufwendungen für die Einstellung der vereinnahmten Fördermittel in den Sonderposten bzw. Verbindlichkeiten sind um 27,0 Mio. EUR auf 12,9 Mio. EUR gesunken.

Die übrigen Aufwendungen sind um 1,1 Mio. EUR auf 27,8 Mio. EUR angewachsen. Unter Eliminierung der periodenfremden Aufwendungen von 0,4 Mio. EUR (Vorjahr 0,2 Mio. EUR) liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsjahres mit 27,3 Mio. EUR um 0,8 Mio. EUR über dem Vorjahr.

Die Instandhaltung ist um 1,5 Mio. EUR auf 5,6 Mio. EUR gesunken. Die Sonderinstandhaltungsmaßnahmen Lichtrufanlage, Brandmeldezentrale sowie die Aufzugsanlage wurden mit insgesamt 1,1 Mio. EUR (Vorjahr 2,4 Mio. EUR) weitergeführt.

Die Kosten für Wartung technischer Anlagen und medizinischer Geräte sind insbesondere inflationsbedingt um 0,1 Mio. EUR auf 3,9 Mio. EUR gestiegen.

Ein weiterer Anstieg um 0,7 Mio. EUR betrifft die Beratungs-, Prüfungs-, Gerichts- und Anwaltsaufwendungen von 2,2 Mio. EUR, die u.a. die Ausschreibung des Krankenhausinformationssystems und des Radiologie-Informationssystems sowie die Medizinstrategieentwicklung betreffen.

Die Versicherungsprämien liegen mit 2,9 Mio. EUR um 0,2 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Die EDV-Leistungen sowie Wartung und Pflege von Hard- und Software liegen mit 4,0 Mio. EUR auf dem Vorjahreswert.

Die Mieten und Pachten mit 1,2 Mio. EUR sanken um 0,1 Mio. EUR aufgrund des Wegfalls der Miete für medizinische Geräte.

Die Schulfinanzierung mit 2,7 Mio. EUR ist aufgrund der angestiegenen Sach- und Personalkosten um 0,2 Mio. EUR angestiegen.

Die Aufwendungen für die Personalakquise konnten, u.a. durch die Umstellung auf Rahmenverträge, um 0,2 Mio. EUR auf 0,6 Mio. EUR abgesenkt werden.

Der Anstieg des Verwaltungsbedarfs um 0,5 Mio. EUR auf 2,2 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf die Aufwendungen für Drucker nach dem Konkurs des bisherigen Anbieters zurückzuführen.

Die Zinsbelastung nach Abzug der Zinserträge ist, aufgrund der vorhandenen Liquidität sowie das gestiegene Zinsniveau, um 0,5 Mio. EUR auf 0,2 Mio. EUR gesunken.

Im Geschäftsjahr 2024 ist ein **Konzernjahresfehlbetrag** von 13,3 Mio. EUR zu verzeichnen. Damit ist das Ergebnis um 10,6 Mio. EUR besser als der geplante Jahresfehlbetrag 2024 von 23,9 Mio. EUR (Vorjahresplanwert Jahresfehlbetrag 19,9 Mio. EUR). Das Ergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 8,3 Mio. EUR. In 2024 sind positive Sondereffekte von 9,3 Mio. EUR (Vorjahr positive Effekte von 2,6 Mio. EUR) zu verzeichnen. Der über dem Erlöszuwachs liegende Kostenanstieg, insbesondere bei Personal und Materialaufwand und bezogene Leistungen, führte zu einem negativen Betriebsergebnis von 22,6 Mio. EUR, das sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. EUR verbesserte.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Geschäftsjahr um 12,5 Mio. EUR (+3,8 %) auf 340,0 Mio. EUR gestiegen.

Das langfristige Anlagevermögen mit einem Anteil von rund 70,2 % an der Bilanzsumme stieg dabei um 8,4 Mio. EUR auf 238,7 Mio. EUR. Den Investitionen von 27,8 Mio. EUR, davon 19,2 Mio. EUR für die Generalsanierung und die Tagesklinik Eichstätt, stehen planmäßig vorgenommene Abschreibungen und Restbuchwertabgänge von 19,3 Mio. EUR gegenüber. Zudem wurden 0,5 Mio. EUR in die Einrichtung und Ausstattung und Modernisierung des Berufsbildungszentrums investiert.

Beim kurzfristigen Vermögen ist eine Zunahme um 4,1 Mio. EUR auf 101,1 Mio. EUR zu verzeichnen.

Die Betriebsmittellagerbestände sind mit 4,4 Mio. EUR auf Vorjahresniveau. Die noch nicht abgerechneten, abgegrenzten Leistungen sind um 0,4 Mio. EUR auf 6,8 Mio. EUR angewachsen.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht sind um 15,8 Mio. EUR auf 18,9 Mio. EUR gesunken. Der Rückgang betrifft die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz die im Vergleich zum Vorjahr um 11,0 Mio. EUR auf 6,0 Mio. EUR zurückgegangen sind sind; sie betreffen Fördermittel nach dem Krankenhauszukunftsgesetz sowie dem Krankenhausstrukturfonds mit insgesamt 3,2 Mio. EUR, Fördermittel für die Baumaßnahmen Tagesklinik Eichstätt, Netzersatzanlage Süd sowie die Ertüchtigung der Sprinklerversorgung mit 2,8 Mio. EUR. Die Außenstände hinsichtlich des Ausbildungsbudgets sind um 1,5 Mio. EUR auf 0,7 Mio. EUR zurückgegangen. Die ausstehenden Fördermittel für große Baumaßnahmen stiegen um 2,3 Mio. EUR auf 4,3 Mio. EUR. Die Budgetforderungen nach dem Pflegesatzrecht sind um 5,7 Mio. EUR auf 7,8 Mio. EUR gesunken.

Die übrigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stiegen um 7,6 Mio. EUR auf 56,5 Mio. EUR. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 9,8 Mio. EUR auf 38,3 Mio. EUR reduziert. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen liegen mit 0,1 Mio. EUR auf Vorjahresniveau. Die sonstigen Vermögensgegenstände stiegen um 17,4 Mio. EUR auf 18,2 Mio. EUR; die Forderungen aus dem Personalbereich liegen mit 0,6 Mio. EUR um 0,1 Mio. EUR über dem Vorjahr.

Die liquiden Mittel erhöhten sich stichtagsbedingt um 11,9 Mio. EUR auf 13,3 Mio. EUR.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten liegt mit 0,1 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Das bilanzielle Eigenkapital ist um 33,8 Mio. EUR auf 89,4 Mio. EUR angestiegen. Die Träger leisteten für den Ausgleich des Verlustes bis 2023 eine Einlage von 23,1 Mio. EUR sowie für den voraussichtlichen Verlust für 2024 weitere 24,0 Mio. EUR Betriebsumlage. Der Konzernjahresfehlbetrag beläuft sich in 2024 auf 13,3 Mio. EUR.

Der Sonderposten für Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens, der Eigenkapitalcharakter hat, stieg um 4,2 Mio. EUR auf 149,7 Mio. EUR an.

Den Fördermittelzugängen des Staates von 16,0 Mio. EUR, Trägermittel von 0,1 Mio. EUR und Sonderförderungen für IT-Vorhaben von 2,1 Mio. EUR steht die ertragswirksame - die Abschreibungen der geförderten Anlagen kompensierende - Auflösung der Zuwendungen von 14,0 Mio. EUR gegenüber.

Die Eigenmittel belaufen sich unter Einbeziehung des Sonderpostens auf 239,1 Mio. EUR und finanzieren damit 70,3 % des Gesamtvermögens (Vorjahr 61,4 %).

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mio. EUR auf 49,0 Mio. EUR gesunken. Die Pensions- und Beihilferückstellungen sind um 0,3 Mio. EUR auf 20,0 Mio. EUR gesunken. Die Rückstellungen für übrige Personalverpflichtungen (16,2 Mio. EUR; Vorjahr 14,8 Mio. EUR) betreffen die Urlaubs- und Zeitguthaben, Altersteilzeitverpflichtungen sowie die erfolgsabhängigen Vergütungen. Die Rückstellungen für Erlösberichtigungen sanken um 0,2 Mio. EUR auf 6,4 Mio. EUR. Der Rückstellungsbedarf für Entgeltausgleiche sank um 1,6 Mio. EUR auf 3,7 Mio. EUR. Der übrige Rückstellungsbedarf, u.a. für ausstehende Rechnungen stieg um 0,3 Mio. EUR auf 2,7 Mio.

Die Kreditmittelinanspruchnahme sank insbesondere aufgrund der Einlagen der Träger zum Verlustausgleich um 19,5 Mio. EUR auf 20,0 Mio. EUR.

Kreditmitteltilgungen erfolgten in Höhe von 17,3 Mio. EUR bei der Stadt Ingolstadt, 4,0 Mio. EUR bei der IFG Ingolstadt AöR, 0,4 Mio. EUR bei der nicht konsolidierten Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH sowie von 0,3 Mio. EUR bei Banken (auf 11,8 Mio. EUR).

Beim Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt erhöhte sich die Mittelinanspruchnahme um 2,5 Mio. EUR (auf 8,0 Mio. EUR). Bei der Klinikum Ingolstadt – Ambulante Pflege- und Nachsorge GmbH besteht unverändert ein Kredit in Höhe von 0,2 Mio. EUR.

Der angesparte noch zu verwendende Fördermittelbestand sank 2024 um 3,7 Mio. EUR auf 17,8 Mio. EUR.

Die Anzahlungen betreffen vereinnahmte Zahlungen der Kostenträger für noch abzurechnende Leistungen; sie sanken um 0,4 Mio. EUR auf 2,3 Mio. EUR.

Die noch abzuführenden Steuern sind um 0,1 Mio. EUR auf 1,9 Mio. EUR angestiegen.

Die übrigen Verbindlichkeiten sind mit 9,4 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr stichtagsbezogen um 0,3 Mio. EUR gestiegen. Sie betreffen insbesondere Lieferungen und Leistungen.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten sank um 1,9 Mio. EUR aufgrund des Wegfalls der Abgrenzung von Energiekostenhilfen auf 0,5 Mio. EUR.

Finanzierung

Die Liquide Mittel und Geldanlagen erhöhten sich von 1,3 Mio. EUR auf 30,6 Mio. EUR. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 8,6 Mio. EUR. Die Regelungen zur Kapitalflussrechnung nach DRS 21 zum Ausweis von Zuschüssen und Zuwendungen änderten sich. Ab dem Geschäftsjahr 2023 sind Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuschüssen der öffentlichen Hand im Cashflow aus der Investitionstätigkeit auszuweisen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt -6,5 Mio. EUR. Dargestellt werden Auszahlungen für Investitionen von 27,8 Mio. EUR und Einzahlungen von Zuschüssen/Zuwendungen für Investitionen von 21,3 Mio. EUR.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Als Dienstleister im Gesundheitswesen betrachten wir die Gefährdung von Leben und Gesundheit unserer Patienten und Mitarbeiter stets als größtes Risiko.

Wir sind der Meinung, dass Risikomanagement und Qualitätsmanagement Hand in Hand gehen und untrennbar miteinander verknüpft sind. Unser Ziel ist es, exzellente medizinische Versorgung für jeden Patienten und zu jeder Zeit zu gewährleisten.

Unsere Klinik hat sich deshalb hohe Qualitätsziele gesetzt und monitort diese regelmäßig. Indem wir kontinuierlich daran arbeiten, die von uns gesetzten Qualitätsziele zu erreichen und zu verbessern, minimieren wir gleichzeitig unsere medizinischen und pflegerischen sowie die unternehmerischen Risiken.

Alle Abteilungen sind aufgefordert, jährlich unsere Grundsätze zur Einhaltung von Vorgaben in den Bereichen Compliance und Finanzberichterstattung im Rahmen der Risikoinventur anhand der aktuellen Risikolage zu überprüfen und ggf. zu ergänzen. Dabei werden die detektierten Risiken nach Eintrittswahrscheinlichkeit und nach möglichen finanziellen Auswirkungen bewertet. Im Rahmen des klinischen Risikomanagements wurde als Grundlage der Verfahrungsanweisung eine Prozesslandkarte erstellt.

Unser Verhaltenskodex wird durch Unternehmensrichtlinien und Dienstanweisungen in unserem Intranet konkretisiert.

Die Geschäftsführung wird durch kontinuierliche Berichterstattung mit differenzierter Periodizität über die Entwicklung ausgewählter wichtiger Geschäftsdaten informiert. Systemtechnische und manuelle Kontrollmechanismen sind etabliert. Durch das Zusammenwirken differenzierter Berechtigungskonzepte, Zugangsbeschränkungen und Freigabemechanismen schützen wir unsere IT-gestützten Prozesse in festgelegter Weise.

Um bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkennen zu können, werden u.a. die Entwicklung der DRG-Fälle, der Casemixpunkte, der Berechnungstage, der Qualitätsindikatoren, der offenen Posten, der Belegung, der Erlöse und der Liquidität als Frühwarnsignale aufbereitet.

Zur Unterstützung der Geschäftsführung ist zudem die Interne Revision als unabhängige Instanz mit übergreifenden Überwachungsfunktionen eingerichtet. Die unternehmensinterne Revision wird durch eine unabhängige externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchgeführt.

Daneben werden monatlich die Ansätze des Wirtschaftsplans gezielt und fortlaufend überwacht und Abweichungsanalysen durchgeführt.

Die verantwortlichen Führungskräfte werden im laufenden Dialog rechtzeitig und regelmäßig umfassend informiert und dabei insbesondere auf Steuerungs-/ und Optimierungspotentiale bzw. deren Umsetzungsnotwendigen verbindlich hingewiesen.

Besondere Risiken aus schwebenden Geschäften sind mit Ausnahme von Rechtsstreitigkeiten nicht vorhanden.

Insbesondere nachstehende Risikofelder haben Einfluss auf die Geschäftsentwicklung sowie die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Risiken sind entsprechend ihrer Bedeutung absteigend aufgeführt:

Gesamtwirtschaftliche und gesetzgeberische Risiken und Chancen

Wirtschaftliche Risiken bestehen in der Entwicklung des Preisniveaus von Personalkosten durch Tarifanpassungen sowie von Materialkosten und Energiekosten, welche mit den aktuellen Regelungen im Gesundheitswesen nicht vollständig refinanziert werden.

Der Mangel an qualifiziertem Personal ist zusätzlich eine der größten Herausforderungen im deutschen Gesundheitswesen. Insbesondere der Pflegekräftemangel stellt für das Klinikum Ingolstadt ein zunehmendes Risiko dar.

Die kontinuierliche Verschiebung von Leistungen aus dem stationären Bereich in den ambulanten Bereich erfordert Umstellungen. Im Rahmen einer sektorengleichen Vergütung wurden seit Januar 2024 Hybrid-DRGs für bestimmten Leistungen eingeführt. Hierzu braucht es hohe Umstellungsaufwendungen in den Versorgungs- und Abrechnungsprozessen.

Zusätzlich sind die Themen IT-Sicherheit und -Verfügbarkeit und Energieversorgung von zentraler Bedeutung.

Markt- und Absatz

Auf Grund der Krankenhausplanung auf Landesebene verfügen alle Plankrankenhäuser faktisch über einen staatlich regulierten Gebietsschutz, der einem, wenn auch stark reglementierten Markt und Wettbewerb ausgesetzt ist. Klassische Markt- und Absatzrisiken sind die Folge. Durch die Anpassung unserer Unternehmensstrategie, des Leistungsportfolios und des Fachrichtungsangebots begegnen wir diesen Risiken erfolgreich.

MD-Prüfungen zielen wie auch in den Vorjahren weiterhin unvermindert auf die Kürzung von Rechnungsbeträgen, insbesondere bei komplexen Fällen. Strukturprüfungen bis hin zur Prüfung der Qualifikation von einzelnen Mitarbeitenden haben zugenommen. Nur bei exakter und vollständiger Dokumentation aller erbrachten Leistungen wird die Krankenhausrechnung akzeptiert und vollständig vergütet.

Für die Klinikum Ingolstadt GmbH wird die Stabilisierung vorhandener und die Entwicklung weiterer Schwerpunktversorgungen durch Medizinische Zentren in der Therapie und Diagnostik weiter fortgesetzt. Der Ausbau der ambulanten Versorgung wird durch unsere MVZ GmbH auf dem Gelände des Krankenhauses erbracht. Die Notfallversorgung stellt eine permanente Herausforderung dar.

Im Rahmen der Umsetzung des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes wird auch in Bayern die Krankenhausstruktur neu ausgestaltet. In den Regionen und Kliniken werden strukturelle und personelle Anpassungen erforderlich. Die erste finanzielle Wirksamkeit der Krankenhausreform ist für 2027 geplant. Wir begegnen die anstehenden Strukturwandel proaktiv und überprüfen mögliche Handlungsoptionen. Die Leistungsgruppen-Voraussetzungen am Klinikum Ingolstadt werden von uns laufend identifiziert, die notwendige Schritte angestoßen und überwacht.

Zudem hat sich die Schließung von geburtshilflichen Einrichtungen im regionalen Umfeld als Herausforderung für die Klinik ausgewirkt. Die zur Verfügung stehenden Bettenkapazitäten wurden somit bis an die Belastbarkeitsgrenze hin ausgelastet.

Auf Grund der staatlichen Schulplanung verfügen alle Berufsfachschulen faktisch über einen staatlich regulierten Gebietsschutz. Gemäß § 2 Abs. 1a) Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind im Krankenhausplan des Freistaats Bayern die Berufsfachschulen des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt explizit aufgeführt. Klassische Markt- und Absatzrisiken bestehen deshalb nicht, außer bei den Vermietungen, die aber im Wesentlichen an Kooperationspartner erfolgen.

Dennoch ergeben sich Veränderungen am Markt. Der Rückgang der Bewerberzahlen und das Absinken der Qualifikation der Bewerber bewirkt, dass immer weniger Schüler ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Dadurch entstehen höhere Kosten pro Ausbildungsplatz, die nicht finanziert sind. Die pauschale Vergütung der Generalistik erfordert zudem eine Anpassung der Kostenstruktur an die erhaltene Vergütung.

Das Berufsbildungszentrum bietet, u. a. neben der 3-jährigen Ausbildung zum Ergotherapeuten (w/m/d), seit dem Schuljahr 2020/21 in Zusammenarbeit mit der HSD Hochschule Döpfer Schülerinnen und Schülern der Ergotherapieschule, die die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife besitzen, die Möglichkeit, zusätzlich einen Bachelor of Science (B.Sc.) in Ergotherapie zu erwerben.

Das Hebammengesetz, das am 1. Januar 2020 in Kraft trat, sieht vor, dass künftig alle Ausbildungen nur an Hochschulen stattfinden können. Das BBZ hat daher letztmals zum Schuljahr 2022/2023 Schülerinnen für die berufliche Ausbildung aufnehmen können.

Die Berufsfachschule für Physiotherapie in Ingolstadt ist seit Ende 2016 Kooperationspartner der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) und der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (OTH). Ebenso besteht mit der Regensburger Hochschule eine Kooperation der BFS für Logopädie. Gegenstand der Kooperation sind die Bachelorstudiengänge „Angewandte Gesundheitswissenschaften"/Physiotherapie bzw. Logopädie dual.

Der demografische Wandel und der steigende Bedarf an passgenauen Betreuungs- und Pflegedienstleistungen sprechen auch künftig für eine steigende Nachfrage nach professionellen pflegerischen Dienstleistungen. Aufgrund der Tatsache, dass die Finanzierung unserer Einrichtung weitgehend aus öffentlichen Mitteln gespeist wird, sind Zahlungsausfälle in größerem Umfang nicht zu erwarten.

Durch die Reduzierung der betriebenen Pflegeplätze auf Langzeitpflegeplätze im psychiatrischen Bereich und der Wiedereingliederung wirken sich aber Minderbelegungen erheblich aus. Die sofortige Nachbelegung freier Pflegeplätze ist von der Verfügbarkeit von geeigneten Bewohnern abhängig.

Um diesem Risiko entgegenzuwirken, besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Klinikum Ingolstadt GmbH.

Die Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH bietet Dienstleistungen im Sektor der ambulanten Versorgung von Patienten an und steht damit im Wettbewerb mit niedergelassenen Ärzten. Auf Grund des besonderen Zuschnitts und der Verzahnung mit der Klinikum Ingolstadt GmbH sehen wir die Möglichkeit die Fallzahlen weiter zu steigern. Im Geschäftsfeld der Betriebsmedizin sind die Wachstumschancen eng mit dem erforderlichen Fachpersonal verknüpft.

Finanzen

Falls statt der erwarteten gleichbleibende oder leicht sinkende Zinsentwicklung, die Zinsen steigen würden, bestehen generell Risiken für unsere aufgenommenen Darlehen.

Kursrisiken, Transaktions- oder Währungsrisiken bestehen nicht.

Auf strittige Forderungen und dauerhafte Wertminderungen wurden entsprechende Abschreibungen vorgenommen.

Die bestehenden Annuitätendarlehen sind langfristig abgeschlossen und haben eine durchschnittliche Zinsbindung von 3 Jahren.

Betrieb und Produktion

Die Behandlung von Patienten geschieht in einem organisatorisch komplexen und arbeitsteiligen Prozess. In allen Schritten der Patientenhandlung stellen wir uns sowohl den Ansprüchen der Patienten als auch unseren Ansprüchen an eine adäquate Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität. Zur fortlaufenden Optimierung nutzen wir hierzu zum einen externe Audits und lassen Zentren, Bereiche und Einheiten entsprechend den Vorgaben der Qualitätssicherungsinstitute durch externe Gutachter zertifizieren.

Zum anderen überwachen und messen wir regelmäßig und fortlaufend die Qualität unserer Leistungserbringung. Dies geschieht durch die Überprüfung der Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben ebenso wie durch Befragungen von Patienten.

Das Klinikum Ingolstadt veröffentlicht jährlich den Gesetzlichen Qualitätsbericht nach § 137 SGB V, in welchem das Leistungsspektrum unseres Hauses dargestellt wird. Die inhaltliche Struktur und Gliederung des Gesetzlichen Qualitätsberichts wird dabei vom Gesetzgeber vorgeschrieben.

Das Hauptziel des Gesetzlichen Qualitätsberichts liegt in der Schaffung von Transparenz. Er soll den Patienten im Vorfeld einer Krankenhausbehandlung als Entscheidungshilfe bei der Wahl eines geeigneten Krankenhauses dienen. Die Qualitätsberichte der Krankenhäuser stehen aber auch sonst jedem Interessierten zur Verfügung.

Der zunehmende Kostendruck und die wachsenden Anforderungen an die Qualität der Leistungserbringung bis hin zur Kopplung der Refinanzierung an das Erreichen gesetzlich vorgegebener Qualitätsindikatoren stellt die Klinikum Ingolstadt GmbH in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. Wir versuchen, diesen Herausforderungen mit geeigneten Instrumenten zu begegnen.

Trotz aller Qualitätssicherungsmaßnahmen können Schlecht- bzw. Fehlleistungen nicht vollständig ausgeschlossen werden und führen in Einzelfällen zu Beschwerden. Da wir insbesondere Beschwerden von Patienten sehr ernst nehmen, erfolgt die Analyse durch die eigens dafür geschaffene Anlaufstelle. Somit ist sichergestellt, dass – falls erforderlich – korrigierend eingegriffen wird.

Für alle Risiken, denen wir in unserer Leistungserbringung gegenüberstehen, besteht ein angemessener und regelmäßig aktualisierter Versicherungsschutz.

Beschaffung

Bei der Beschaffung von Medizinprodukten, Medikamenten und Ausstattungen sowie von medizinischem Sachbedarf und Schutzausrüstung sind wir auf Fremdanbieter angewiesen. Diese Abhängigkeiten sind grundsätzlich mit Risiken behaftet, z.B. Preisrisiken, Lieferengpässen oder Qualitätsproblemen. Dem begegnen wir, in dem wir uns mit weiteren Partnern zu Verbund- und Netzwerk-Einkaufsstrukturen zusammengeschlossen haben (Sana).

Im Klinikum Ingolstadt erfolgen Beschaffungen zentral über die Einkaufsabteilung

(Wirtschaftsbetriebe / Einkauf, Apotheke, Medizinprodukteeinkauf, Fertigvorrat) unter Wahrung der gesetzlichen Vorgaben (z. B. Vergabe- und Beschaffungsverordnungen) sowie den Normen der Compliance. Die Einkaufsabteilung und die Apotheke stellen durch kontinuierliche Markt- und Produktbeobachtung sicher, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nur im Ausnahmefall entstehen können bzw. Ausweichstrategien rechtzeitig etabliert werden.

Jedoch bestehen in den letzten Jahren, zunehmende Lieferengpässe für einige in der Patientenbehandlung dringend erforderliche Medikamente / Wirkstoffgruppen. Auch im Bereich des medizinischen Verbrauchsmaterials kommt es immer wieder zu Engpässen. Ursache dafür sind regulatorische Eingriffe (Zulassungen) oder Portfoliobereinigungen der Hersteller.

Diese Engpässe führten bislang über ein vorausschauendes Logistikmanagement zu keinen negativen Einflüssen in der Patientenversorgung.

Erfolgs- und Liquiditätsrisiken

Die Monatsabschlüsse und der Jahresabschluss werden zeitnah erstellt und der Geschäftsführung vorgelegt. Die Analyse erfolgt zusammen mit den Budgetverantwortlichen in den jeweiligen Bereichen. So können frühzeitig Abweichungen von den Planwerten erkannt und – wenn notwendig – Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Durch regelmäßige Zeit- und Betriebsvergleiche (Bayerische Krankenhausgesellschaft, AKG u.a.) von Aufwendungen, Erträgen, DRG-Daten, betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, Personalkennzahlen und anderen betriebs- und finanzwirtschaftlichen Indikatoren werden unsere Analysen unterstützt. Das Erlös- und Kostencontrolling ist hierzu kontinuierlich weiterentwickelt worden.

Monatliche Erfolgs- und Liquiditätskontrollen sichern unsere Prognosen und unseren Liquiditätsstatus ab.

Die durch die Finanzabteilung ermittelte Liquiditätsentwicklung wird quartalsweise dem Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt.

Auf Grund der von der Gesellschafterin in der Unternehmenssatzung zusagten Sicherung der Liquidität und des Ausgleichs der Betriebsverluste schätzen wir die Finanzierungsrisiken als gering ein. Sowohl im Wirtschaftsplan 2025 der Klinikum Ingolstadt GmbH als in der Haushaltssatzung 2025 des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt sind Betriebskostenzuschüsse für das Jahr 2025 enthalten. Als Ausgleich für die zu erwartenden Betriebsverluste 2025 werden unterjährig zur Sicherstellung der Liquidität Abschlagszahlungen von den Trägern geleistet.

Der zeitnahe Abbau unserer hohen Forderungsbestände wird ebenfalls einen Beitrag dazu leisten, dass die Zahlungsfähigkeit jederzeit gewährleistet ist.

Haftungs- und Rechtsrisiken sowie Chancen

Risiken, die sich im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten ergeben können, werden im Klinikum fortlaufend identifiziert, bewertet und kommuniziert. Die aus laufenden Rechtsverfahren resultierenden Haftungs- und Rechtsrisiken werden bewertet und im Jahresabschluss berücksichtigt, um wesentliche negative Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage für die Folgejahre möglichst auszuschließen.

Über unsere Ombudsperson können die Mitarbeitenden anonyme Compliance-Verstöße melden. Als Ansprechpartner hierfür steht eine Rechtsanwaltskanzlei zur Verfügung.

Gesamteinschätzung

Die Überprüfung der Gesamtrisikolage des Konzerns hat für das Jahr 2024 ergeben, dass bestandsgefährdende Risiken nicht bestehen.

Chancen

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor auf dem Weg zu unserer Zielerreichung ist die Generalsanierung unseres Hauses, die im Förderprogramm des Freistaats Bayern aufgenommen worden ist. Die Zusage für eine weitgehende Förderung haben wir erhalten. Teilersatzneubauten und der Neubau des Zentrums für psychische Gesundheit sind für die nächsten Jahre geplant. Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist die Bindung und Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch innovative Maßnahmen und Steigerung des Digitalisierungsgrads auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Weitere Digitalisierungsprojekte haben begonnen und wurden abgeschlossen. Das Projekt zu dem Ersatz des Krankenhausinformationssystems ist im Jahr 2024 gestartet.

Weiterhin ist es strategisches Ziel, die Position des Klinikum Ingolstadt als Schwerpunktversorger der Region 10 zu gestalten und weiter zu entwickeln. Dabei wollen wir weiterhin eine nachhaltige und gesunde Unternehmensentwicklung realisieren.

Die Stadt Ingolstadt und die umliegenden Landkreise haben eine gemeinsame Initiative gestartet zur Prüfung, ob die Klinikgesellschaften in der Region enger zusammenarbeiten können. Neben dem Klinikum Ingolstadt gibt es drei weitere kommunale Klinikgesellschaften in der Region 10: die Kliniken im Naturpark Altmühltal, die Ilmtalkliniken und das Kreiskrankenhaus Schrobenhausen. Alle Häuser schreiben Verluste aufgrund der gestiegenen Personal- und Sachkosten und unzureichender Finanzierung. Ihre Zahlungsfähigkeit kann nur durch hohe Zuschüsse der kommunalen Träger erhalten werden.

Ein von den Klinikgesellschaften in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass eine Zusammenführung der Häuser in einem Verbund eine fokussierte medizinische Versorgung sowie geringere Kosten durch Synergien ermögliche. Es könnte ein Krankenhausverbund gebildet werden, mit einem zentralen Versorgungszentrum in Ingolstadt und aufeinander abgestimmten stationären und ambulanten Leistungen in den Häusern an den Standorten in der Region.

Dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz mit dem die Behandlungsqualität der Kliniken verbessert und die flächendeckende medizinische Versorgung für Patientinnen und Patienten gestärkt werden soll, stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Mit einer gemeinsamen, standortübergreifenden Medizinstrategie kann eine langfristige hochwertige medizinische Versorgung in der Region gesichert werden. So ist beispielsweise die Konzentration von Leistungen regulatorisch erforderlich, wirtschaftlich sinnvoll und, mit Blick auf den Fachkräftemangel, zwingend notwendig. Das entscheidende Argument insbesondere für die Konzentration komplexer medizinischer Versorgungsangebote ist jedoch der sich immer rasanter entwickelnde Fortschritt in der Medizin bzw. die fortlaufende Entwicklung neuer medizinischer Therapiemöglichkeiten. Diese können aufgrund ihrer Anforderungen an fachliche Kompetenzen, der Notwendigkeit von in der Regel interdisziplinären Therapieansätzen und den Anforderungen an die medizinisch-technische Infrastruktur künftig nur noch an größeren Versorgungszentren angeboten werden. Die ambulante Versorgung, aber vor allem die Digitalisierung der Medizin werden darüber hinaus künftig einen größeren Stellenwert als bisher erhalten. All dies haben wir in unserem gemeinsamen Konzept für eine zukunftssichere Versorgungsstruktur in der Region 10 entsprechend berücksichtigt.

Im Dezember 2024 haben die Stadt Ingolstadt und der Bezirk Oberbayern Beschlüsse gefasst zum Übergang der klinischen psychiatrischen-psychosomatischen Versorgung der Region 10 von der Klinikum Ingolstadt GmbH auf Kliniken des Bezirks Oberbayern für den 1. Januar 2026. Um die Ausarbeitung und Umsetzung dieses Vorhabens im Jahr 2025 vorzubereiten, haben Stadt, Bezirk und Klinikum eine Grundlagenvereinbarung abgeschlossen. Auf dieser Basis soll der Übergang des ZPG auf die Kliniken des Bezirks Oberbayern zum 1.1.2026 umgesetzt werden, unter besonderer Berücksichtigung der künftigen medizinischen und nicht-medizinischen Zusammenarbeit mit der wechselseitigen Inanspruchnahme von Leistungen, vor allem mit Blick auf die baulichen Verschränkungen auf dem Klinikcampus.

An unserer Schule unterrichten Pflegepädagogen, Ärzte und Lehrer für Pflegeberufe. Sie alle haben eine enge Bindung zum Pflegeberuf und häufig eine langjährige klinische Erfahrung. Die praktische Ausbildung findet im Klinikum Ingolstadt oder in den kooperierenden Kreiskrankenhäusern Eichstätt und Kösching statt. Sie wird von Praxisanleitern sowie von den Fachlehrern der Schule begleitet. Eine enge Beziehung zwischen Lehrern und Schülern entsteht durch viele praktische Übungen sowie die individuelle Begleitung auf den Stationen. Vertrauen und Offenheit sind die Basis für ein positives Miteinander. Im Zentrum unseres Tuns stehen immer unsere Schülerinnen und Schüler und die von ihnen betreuten Patienten. Nur so können wir den Slogan des Klinikums „in guten Händen" mit Leben füllen.

Die Berufsfachschule für Medizinische Technologen für Radiologie und die Berufsfachschule für Operations- und Anästhesietechnische Assistenten bieten Schulabgängern und Umschülern die Möglichkeit, sich in einem angesehenen Beruf mit ausgezeichneten Anstellungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten ausbilden zu lassen. Unser Ziel ist es, aus unseren Schülerinnen und Schülern gesuchte Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu machen. Daher arbeiten wir an einer stetigen Verbesserung unserer Unterrichtsmethoden und führen unsere Schülerinnen und Schüler schon in der Ausbildung an modernste Geräte heran.

Mit der modern ausgestalteten Immobilie am Klinikum hat das bedarfsorientiert geordnete Leistungsangebot der psychiatrischen Langzeitpflege und der Eingliederungshilfe für seelisch kranke Erwachsene einen hohen Qualitätszuwachs erfahren. Aufgrund des ansprechenden Arbeitsumfelds gehen wir davon aus, dass der Erhalt von qualifiziertem Pflegepersonal gesichert ist. Verbesserte Prozessabläufe und der Einsatz von EDV-gestützten Dokumentationsmöglichkeiten in einem Strukturierten Informationssystem (SIS) werden zusätzliche Zeit für die Pflegekräfte am Bewohner entfalten. Die Besetzung in der Pflege soll sukzessive erhöht werden, um die Belegungen auf dem erforderlichen Niveau zu stabilisieren. Im ersten Quartal 2025 konnte der Bedarf mit angestellten Pflegekräfte gedeckt werden. Der Einsatz von Leiharbeitnehmer war nicht erforderlich. Maßnahmen zur Personalbindung und Personalgewinnung, wie Weiterbildungsangebote, Kooperation mit Pflegeschulen sowie Personalmarketingmaßnahmen werden geplant und umgesetzt.

Im Medizinischen Versorgungszentrum der Klinikum Ingolstadt GmbH soll der Bereich der Betriebsmedizin durch zusätzliches Personal aufgebaut werden.

Trotz aller Herausforderungen sehen wir mittel- und langfristig mehr Chancen als Risiken. Von entscheidender Bedeutung wird sein, welche Veränderungen der Gesetzgeber vornehmen wird, um zu einer

vollständigen Finanzierung der Betriebs- und Investitionskosten zu kommen. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass auf der Kostenseite die Tarifsteigerungen im Personalbereich adäquat refinanziert und die geplanten Fallzuwächse erreicht werden.

Prognosebericht

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat das Geschäftsjahr 2025 planmäßig begonnen. Die Bewerberzahlen im Jahr 2025 liegen auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre.

Die Ergebnisse liegen bisher im Rahmen unserer Planung. Über den Ausbildungsfonds, das zusätzliche Ausbildungsbudget und Pflegeausbildungsfonds Bayern für die Pflegeausbildung werden voraussichtlich die erforderlichen Finanzmittel zufließen. Die Verhandlungen für das Ausbildungsbudget 2025 werden im Laufe des Jahres 2025 aufgenommen.

Unsere Pflegeeinrichtung ist mit einer Belegung von 79,3 Plätzen in das Geschäftsjahr 2025 gestartet. Für 2025 gehen wir bei einer ganzjährigen Belegung von rund 98 % von Erträgen von 5,6 Mio. EUR aus. Unter zu Grunde Legung eines angepassten höheren Personaleinsatzes von 55,9 Vollkräften planen wir mit Personalkosten von 3,7 Mio. EUR. Für das Jahr streben wir ein ausgeglichenes Ergebnis an.

Die Kostensteigerungen beim Materialaufwand sind in den Entgelten abzubilden. Die dafür erforderlichen Verhandlungen der Entgelte werden bei Bedarf vorbereitet und durchgeführt.

Für das Jahr 2025 wurde keine Anpassung der Pflegesätze im Psychiatrischen Langzeitbereich und bei der Eingliederungshilfe eingeplant.

Das Klinikum Ingolstadt plant im Wirtschaftsplan für 2025 im somatischen Bereich mit 32.502 Case-Mix Punkten und im psychiatrischen Bereich mit 104.010 Bewertungsrelationen. Darauf aufbauend wurde eine Betriebsleistung von 294,3 Mio. EUR geplant. Die Planung geht von einem Betriebsaufwand 318,9 Mio. EUR, der einen Aufwand von 210,8 Mio. EUR für Personal und Leiharbeitskräfte berücksichtigt. Neben den geplanten Sachkosten von 102,7 Mio. EUR wirken nicht geförderte Abschreibungen mit 5,4 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung einer Zinsbelastung von 0,3 Mio. EUR weist der Wirtschaftsplan einen Jahresverlust von 25,5 Mio. EUR aus. Zur Finanzierung und Liquiditätssicherung werden Mittel von der Gesellschafterin zur Verfügung gestellt.

Die Pflegesatzverhandlungen für 2025 stehen noch aus. Somit sind die angestrebten Leistungsmengen als auch das Pflegebudget 2025 noch nicht vereinbart.

Die Sondereffekte, die das Ergebnis 2024 positiv beeinflusst haben, erwarten wir für das Jahr 2025 nicht.

Dennoch streben wir eine umfassende Versorgung der Bevölkerung der Region 10 an. Der Gesellschafter Krankenhauszweckverband Ingolstadt und seine Träger sichern die erforderliche Liquidität und werden den Verlust des Geschäftsjahres 2025 ausgleichen. Die hierfür notwendigen Betriebskostenumlagen setzte der Krankenhauszweckverband Ingolstadt in seiner Haushaltssatzung 2025 gegenüber den Trägern fest. Die Fortführung der Unternehmenstätigkeit ist gewährleistet.

Die Einflüsse der angekündigten Gesundheitsreform auf die Leistungs- und Erlössituation der Klinikum Ingolstadt können noch nicht quantifiziert werden. Unsicherheiten bestehen in Bezug auf etwaige regulatorische Eingriffe mit Auswirkungen auf die Vergütungsstrukturen. Die Erlöse aus Krankenhausleistungen sind für 2025 und für die Folgejahre mit Risiken verbunden.

Im Medizinischen Versorgungszentrum der Klinikum Ingolstadt GmbH wird im Jahr 2025 bei leicht wachsenden betrieblichen Erträgen, die den Kostenanstieg insbesondere im Bereich Personal decken sollen, ein Jahresüberschuss von rund TEUR 45 angestrebt.

Das Geschäftsfeld der Betriebsmedizin soll zunächst durch die Rekrutierung weiterer ärztlicher Mitarbeiter*innen stabilisiert werden. Gelingt dieses, soll die Versorgung externer Partner weiter ausgebaut werden. Ein weiterer Ausbau des MVZ ist ein strategisches Ziel. Der dafür notwendige Erwerb weiterer

Kassenarzt-Sitze stößt jedoch in einem durch die Kassenärztliche Vereinigung stark reglementierten Marktumfeld auf große Herausforderungen.

Im Jahr 2025 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis des Konzerns im Wesentlichen durch das Fallaufkommen sowie die Auswirkungen der jeweils geltenden Tarifverträge und der grundsätzlichen Entwicklung des Finanzierungssystems im Gesundheitswesen beeinflusst werden. Für 2025 wird bei Erträgen von 361,5 Mio. EUR und Kosten von 387,0 Mio. EUR mit einer Unterdeckung von 25,5 Mio. EUR gerechnet.

Infolge der unzureichenden Vergütungen der allgemeinen Krankenhausleistungen, die steigenden Strukturanforderungen und des hohen Instandhaltungsbedarfs muss in den nächsten Jahren mit einem negativen Konzernergebnis gerechnet werden.

Dennoch streben wir eine umfassende Versorgung der Bevölkerung der Region 10 an. Die Träger Stadt Ingolstadt und Bezirk Oberbayern des Krankenhauszweckverband Ingolstadt sichern die erforderliche Liquidität und werden den Verlust des Geschäftsjahres 2025 ausgleichen. Die hierfür notwendigen Betriebskostenumlagen setzte der Krankenhauszweckverband Ingolstadt in seiner Haushaltssatzung 2025 gegenüber den Trägern fest. Die Fortführung der Unternehmenstätigkeit ist gewährleistet.

Ingolstadt, 22. Oktober 2025

Jochen Bocklet	Dr. Andreas Tiete
Werkleiter	Werkleiter

Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Konzern
Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.033.826,00	3.291.309,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert	27.300,00	42.900,00
	3.061.126,00	3.334.209,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	178.136.744,62	151.798.822,62
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einsch	2.142.071,61	2.341.606,61
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Recht ohne Bauten	51.700,10	51.700,10
4. Technische Anlagen	8.214.778,00	7.560.374,00
5. Einrichtungen und Ausstattungen	19.160.111,00	17.317.110,00
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	27.790.034,10	47.755.278,24
	235.495.439,43	226.824.891,57
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	80.000,00	80.000,00
2. Beteiligungen	34.000,00	33.000,00
	114.000,00	113.000,00
	238.670.565,43	**230.272.100,57**
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-,Hilfs- u. Betriebsstoffe	4.379.581,55	4.369.371,81
2. Unfertige Leistungen	6.828.193,90	6.382.091,35
	11.207.775,45	10.751.463,16
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	38.283.022,43	48.095.871,46
2. Forderungen an Gesellschafter bzw. Träger der Einrichtung	0,00	0,00
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	18.908.718,39	34.743.633,09
4. Forderungen gegen verbundenen Unternehmen	94.533,64	55.552,35
5. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.875,77	4.034,83
6. Sonstige Vermögensgegenstände	18.150.232,91	786.444,94
	75.439.383,14	83.685.536,67
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	13.317.278,57	1.371.023,44
	13.317.278,57	1.371.023,44
	99.964.437,16	**95.808.023,27**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**1.134.624,27**	**1.164.021,68**
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	**190.760,13**	**194.719,03**
	339.960.386,99	**327.438.864,55**

Passiva	EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	2.000.000,00	2.000.000,00
II. Kapitalrücklage	99.303.978,84	70.610.664,62
III. Gewinnvortrag	1.345.618,69	4.517.670,80
IV. Jahresfehlbetrag	-13.247.589,57	-21.567.813,32
	89.402.007,96	**55.560.522,10**
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagenvermögens	**149.669.861,66**	**145.453.585,92**
C. Rückstellung		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.069.449,54	8.201.074,89
II. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
III. Sonstige Rückstellungen	40.917.300,29	41.304.477,76
	48.986.749,83	**49.505.552,65**
D. Verbindlichkeiten		
I. Verbindl.gegenüber Kreditinstituten	11.798.511,21	12.065.700,57
II. Erhaltene Anzahlungen	2.313.659,11	2.650.679,45
III. Verbindl. aus Lieferungen und Leistungen	8.480.376,94	8.341.767,81
IV. Verbindl. gegenüber Gesellschaftern bzw. dem Träger der Einrichtung	0,00	17.300.000,00
V. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	17.827.897,74	21.483.381,57
VI. Verbindl.gegenüber verbundenen Unternehmen	225.044,25	627.788,17
VII. Sonstige Verbindlichkeiten	10.748.523,67	12.011.515,83
davon aus Steuern: EUR 1.909.425,04 (VJ: TEUR 1.791)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 203.775,02 (VJ: TEUR 0)		
	51.394.012,92	**74.480.833,40**
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**507.754,62**	**2.438.370,48**
	339.960.386,99	**327.438.864,55**

Konzern

Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

Konzern - Gewinn- und Verlustrechnung für 2024

		2024 €	2023 €
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	288.328.071,34	261.619.745,08
2.	Erhöhung des Bestandes an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen	446.102,55	370.198,25
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	7.337,85	0,00
4.	Zuweisungen u. Zuschüsse der öffentlichen Hand	8.693.456,49	9.172.553,48
5.	Sonstige betriebliche Erträge	35.449.428,63	60.181.616,58
		332.924.396,86	331.344.113,39
6.	Materialaufwand		
	a) Aufwand für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	58.375.557,00	53.834.881,10
	b) Aufwand für bezogene Leistungen	12.795.199,11	12.890.955,94
		71.170.756,11	66.725.837,04
7.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	174.406.941,64	163.075.624,70
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen	41.086.729,08	38.059.265,69
	(davon für Altersversorgung € 9.716.916,72; Vorjahr T€ 9.364)		
		215.493.670,72	201.134.890,39
8.	Abschreibung		
	auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	19.050.678,25	17.766.263,43
9.	sonstige betriebliche Aufwendungen	40.647.868,79	66.539.759,55
Zwischenergebnis		**-13.438.577,01**	**-20.822.637,02**
10.	Erträge aus Beteiligungen	400.000,00	0,00
11.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.782,07	3.867,71
12.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 0, Vorjahr T€ 0)	567.685,21	254.457,86
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon aus verbundenen Unternehmen € 16.192,00; Vorjahr T€ 6)	751.620,25	974.696,29
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	438,88	87,31
15.	**Ergebnis nach Steuern**	**-13.226.733,00**	**-21.546.830,47**
16.	sonstige Steuern	20.856,57	20.982,85
17.	**Jahresfehlbetrag**	**-13.247.589,57**	**-21.567.813,32**

Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

KONZERNANHANG

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024

I. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2024 des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt, Ingolstadt, wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt, ist gemäß § 13 PublG i.V.m. § 290 ff. HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Berichtsjahr nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Der Konzern betreibt neben dem Krankenhaus ein Alten- und Pflegeheim, sowie ein Medizinisches Versorgungszentrum. Die Gliederung der Bilanz und GuV ist nach den allgemeinen Vorschriften des HGB erfolgt. Die Bilanz wurde entsprechend § 265 Abs. 5 HGB um den Posten „Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens" erweitert.

II. ANGABEN ZUM KONSOLIDIERUNGSKREIS

Folgende Tochterunternehmen wurden im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen:

Name und Sitz:	Stammkapital:	Anteil am Kapital:
Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt [1]	6.000.000,00 €	100 %
Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt [2]	25.000,00 €	100 %
Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt 2)	25.000,00 €	100 %

Folgende Tochterunternehmen werden wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gem. § 13 Abs. 2 PublG i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss mit einbezogen, da die Gesellschaften vergleichsweise geringe Erträge erwirtschaften und nur über unbedeutendes Vermögen verfügen.

Name und Sitz:	Stammkapital:	Anteil am Kapital:
Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt [2]	25.000,00 €	100 %
Betreibergesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt [2]	25.000,00 €	100 %
Ambulante Pflege- und Nachsorge Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt [2]	25.000,00 €	100 %
Dienstleistungs- und Gebäudemanagement Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt [2]	25.000,00 €	100 %
Kardio-CT GmbH & Co. KG, Ingolstadt [2]	30.000,00 €	100 %
CT 64 Verwaltungs-GmbH, Ingolstadt [2]	25.000,00 €	100 %

[1] Direkte Beteiligung
[2] Indirekte Beteiligung

Die Klinikum Ingolstadt GmbH ist nach § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet, einen Teilkonzernabschluss zu erstellen, nimmt aber die Befreiung nach § 11 Abs. 6 PublG i. V. m. § 291 HGB in Anspruch. Befreiende Wirkung hat der Konzernabschluss des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt, Ingolstadt.

III. KONSOLIDIERUNGSMETHODEN

Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen werden unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zum gleichen Bilanzstichtag aufgestellt wie der des Mutterunternehmens.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurde der Wertansatz der dem Mutterunternehmen gehörenden Anteile an den einbezogenen Tochterunternehmen mit dem auf diese Anteile entfallenden Betrag des Eigenkapitals der Tochterunternehmen verrechnet. Das Eigenkapital wurde dabei nach § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB a. F. mit dem Buchwert angesetzt. Die Verrechnung erfolgte auf Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des erstmaligen Erwerbs der Anteile. In 2024 wurde der Beteiligungswert dieser Anteile des Mutterunternehmens entsprechend dem Eigenkapital der einbezogenen Tochterunternehmen angepasst.

Bei der Verrechnung der Wertansätze der Anteile der Tochterunternehmen mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital ergaben sich aktive Unterschiedsbeträge. Diese Unterschiedsbeträge resultierten aus Kosten der Umgründung im Jahr 2005, die als Anschaffungsnebenkosten bei den Anteilen an den Tochterunternehmen aktiviert wurden. Da die Ursache für diese Unterschiedsbeträge nicht in der Aufdeckung von stillen Reserven lag, erfolgte keine Zuschreibung bei den Wertansätzen der Vermögensgegenstände, sondern eine Verrechnung mit den Rücklagen. Aktive Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung wurden gemäß § 309 Abs. 1 Satz 3 HGB a. F. von den Rücklagen abgesetzt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten wurden aufgerechnet, ebenso die konzerninternen Erträge und Aufwendungen.

Zwischenergebnisse wurden aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht eliminiert.

IV. ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die im Folgenden dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich mit dem Vorjahr unverändert angewandt.

Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und über den Zeitraum der betriebsgewöhnlichen Nutzung linear abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich Nebenkosten, vermindert um lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 250,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Für Geringwertige Wirtschaftsgüter von über Euro 250,00 bis Euro 1.000,00 wurde ein Sammelposten gebildet, der über eine Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben wird.

Die durchschnittliche Nutzungsdauer pro Anlagenklasse gliedert sich wie folgt:

Anlageposition	Nutzungsdauer
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 Jahre
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten, einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	0 - 50 Jahre
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	0 – 33 Jahre

Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	keine Abschreibung
Technische Anlagen und Maschinen	5 – 50 Jahre
Einrichtungen und Ausstattungen	5 – 15 Jahre
Geringwertige Wirtschaftsgüter	5 Jahre

Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau werden mit dem Nennwert angesetzt.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Bewertung der Gegenstände des Vorratsvermögens erfolgt zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Die unfertigen Leistungen betreffen Fallpauschalenpatienten, die über die Jahreswende im Krankenhaus betreut wurden, jedoch zum Bilanzstichtag nicht abgerechnet werden konnten. Die erbrachte Teilleistung, die auf das Berichtsjahr entfällt, ist verlustfrei nach der Bilanzierungsvorgabe der Bayerischen Krankenhausgesellschaft bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert angesetzt. Pauschal- oder Einzelwertberichtigungen sind im erforderlichen Umfang gebildet worden.

Die Kassenbestände und Bankguthaben sind zu Nominalwerten bilanziert.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen. Diese werden mit dem Nennwert angesetzt. Die Auflösung des Postens erfolgt linear entsprechend dem Zeitablauf.

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung resultiert aus der Saldierung nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB von Altersversorgungsverpflichtungen mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen i.S.d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB). Bei den Vermögensgegenständen handelt es sich um Wertpapiere.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

Die Sonderposten aus Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens betreffen entsprechend den Vorgaben der KHBV die erhaltenen Fördermittel für Investitionen. Diese werden um die bereits angefallenen Abschreibungen auf die mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter vermindert.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2018 verwendet. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie jährliche Rentensteigerungen von 2,0 % unterstellt.
Die Pensionsrückstellungen wurden pauschal mit dem von der deutschen Bundesbank im Monat Dezember 2024 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs 2 Satz 2 HGB). Der Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 10 Jahre beträgt zum 31. Dezember 2024 1,90 %, während er sich im Vorjahr auf 1,82 % belief. Der Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 7 Jahre beträgt zum 31. Dezember 2024 1,96 % (Vj. 1,74 %).

Die Beihilferückstellungen wurden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens bewertet. Die Berechnung wurde unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2018 verwendet. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung mit dem von der deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre von 1,96 % (Vj. 1,74 %) und berücksichtigte außerdem eine Dynamik der Beihilfeleistungen von 2 %.

Die Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten vorgenommen. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung mit dem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre von 1,96 % (Vj. 1,74 %) und berücksichtigte zudem das vorzeitige Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis mit 10,5 % (Vj. 7,9 %).

Der Gehaltstrend wurde mit 2 % berücksichtigt. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die "Richttafeln 2018 G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Die Altersteilzeitrückstellung wurde entsprechend der Vorgaben des IDW RS HFA 3 gebildet. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Deutschen Bundesbank herausgegebenen Zinssatz über die noch verbleibende Restlaufzeit der Rückstellung. Des Weiteren wurde bei der Bemessung der Rückstellung ein Lohn- und Gehaltssteigerungstrend von 2 % p. a. angenommen.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergibt.

Die erhaltenen Anzahlungen sind mit dem Nennwert angesetzt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden mit dem Nennwert angesetzt und betreffen Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen. Die Auflösung erfolgt linear entsprechend der Laufzeit.

V. ANGABEN ZUR KONZERNBILANZ

Die Entwicklung der in der Bilanz erfassten Anlagegegenstände ist im Anlagenspiegel (Anlage) dargestellt.

Anteilsbesitz

Name	Sitz	Beteiligungsquote %	Eigenkapital EUR	Jahresergebnis EUR
Klinikum Ingolstadt - Ambulante Pflege- und Nachsorge GmbH	Ingolstadt	100	651.457,36	26.305,78
Dienstleistungs- und Gebäudemanagement Klinikum Ingolstadt GmbH	Ingolstadt	100	25.000,00	125.244,25**
Betreibergesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH	Ingolstadt	100	25.000,00	3.244,84**
Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH	Ingolstadt	100	641.215,65	74.250,20
SAPV Region 10 GmbH	Ingolstadt	26	4.220.765,80	484.756,12

**Jahresergebnis vor Ergebnisabführung an die Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen in voller Höhe Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht betreffen ausschließlich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Unter der Position D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung wurden die Wertguthaben für Langzeitarbeitskonten in Höhe von TEUR 2.497 nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den entsprechenden Rückstellungen in Höhe von TEUR 2.306 verrechnet. Die Bewertung der in Wertpapieren verbrieften Wertguthaben erfolgte zum Kurswert am Bilanzstichtag.

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist im Konzerneigenkapitalspiegel dargestellt.

Pensionsrückstellungen

Für die Beamten mit Versorgungszusagen vor dem 1. Januar 1987 (Altzusagen) wurden in Ausübung des Wahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB im Geschäftsjahr 2024 lediglich Zuführungen zu den Rückstellungsbeträgen des Vorjahres bis zu 47 % des Erfüllungsbetrages (Münchner Modell) gebucht.

Die Neuzusagen werden zum Erfüllungsbetrag passiviert. Für die aufgrund erstmaliger Anwendung der Bewertungsgrundsätze des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes notwendige Zuführung zu den Pensionsrückstellungen zum 01.10.2010 wurde das Wahlrecht in Art. 67 Abs. 1 EGHGB in Anspruch genommen. Der Zuführungsbetrag wird über 15 Jahre angesammelt. Die gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen betragen TEUR 0.

	Durchschnittlicher Marktzins		
	letzte 10 Jahre	Delta	letzte 7 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR
Pensionsrückstellungen	**8.069**	**155**	**8.224**
davon			
Altzusagen passiviert nach Münchner Modell	**1.887**	**243**	**2.130**
nicht passivierter Wert gem. Art. 28 Abs. 2 HGB	2.027	-271	1.756
Erfüllungsbetrag	3.914	-28	3.886
davon			
Neuzusagen passivierter Wert	**6.182**	**-88**	**6.094**
noch nicht bilanzierter Wert Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB	0	0	0
Erfüllungsbetrag	6.182	-88	6.094

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 155.

Für diesen Unterschiedsbetrag (TEUR 155) besteht grundsätzlich eine dauerhafte Ausschüttungssperre. Da die frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, greift die Ausschüttungssperre jedoch nicht. (§ 253 Abs. 6 HGB).

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen:

Rückstellung für Beihilfe-Aufwendungen	3.348 TEUR
Rückstellung f. Umlagezahlungen	8.542 TEUR
Altersteilzeit	188 TEUR
Übrige Personalrückstellungen	15.999 TEUR
Rückstellung für Erlösberichtigungen	6.830 TEUR
Ausgleiche Budget, Ausbildungsfonds	3.314 TEUR

Die Rückstellung für Umlagezahlungen beinhaltet die Verpflichtung gegenüber der Versorgungskasse, die für die Beamtenversorgung ab dem Pensionsbeginn geleistet werden muss.

	Durchschnittlicher Marktzins		
	letzte 10 Jahre	Delta	letzte 7 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR
Umlagerückstellungen			
Altzusagen passiviert nach Münchner Modell	**8.542**	**-62**	**8.480**
Nicht passivierter Wert gem. Art. 28 Abs. 2 HGB	9.633	-70	9.563
Erfüllungsbetrag	18.175	-132	18.043
davon frühere Organmitglieder	2.028	-13	2.015

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Umlagezahlungen an die Versorgungskasse mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 62. Für diesen Unterschiedsbetrag gilt grundsätzlich eine dauerhafte Ausschüttungssperre. Da die frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, greift die Ausschüttungssperre jedoch nicht. (§ 253 Abs. 6 HGB).

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen in Höhe von TEUR 25 Leistungsverbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht betreffen noch nicht verbrauchte Fördermittel und Verbindlichkeiten nach dem KHEntgG.

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist die Darlehensgewährung des Zweckverbandes Müllverwertungsanlage Ingolstadt mit TEUR 8.030 enthalten.

Zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit wurden die Angaben im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten in einem Verbindlichkeitenspiegel zusammengefasst dargestellt.

			Restlaufzeit		
			kleiner 1 Jahr	größer 1 Jahr	davon größer 5 Jahre
		EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.798.511,21	6.013.511,21	5.785.000,00	5.265.000,00
	(Vj.	12.065.700,57	267.079,65	11.798.620,92	5.395.000,00)
2.	Erhaltene Anzahlungen	2.313.659,11	2.313.659,11		
	(Vj.	2.650.679,45	2.650.679,45)		
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.480.376,94	8.480.376,94		
	(Vj.	8.341.767,81	8.341.767,81)		
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	0,00		
	(Vj.	17.300.000,00	17.300.000,00)		
5.	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	17.827.897,74	17.827.897,74		
	(Vj.	21.483.381,57	21.483.381,57)		
6.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	225.044,25	225.044,25		
	(Vj.	627.788,17	627.788,17)		
7.	Sonstige Verbindlichkeiten	10.748.523,67	6.188.523,67	4.560.000,00	
	(Vj.	12.011.515,83	6.981.515,83	5.030.000,00	3.150.000,00)
	Summe	51.394.012,92	41.049.012,92	10.345.000,00	5.265.000,00
	(Vj.	74.480.833,40	57.652.212,48	16.828.620,92	8.545.000,00)

VI. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Umsatzerlöse von TEUR 288.328 (Vj TEUR 261.620) gliedern sich in folgende Bereiche:

Erlöse aus Krankenhausleistungen	258.273 TEUR (Vj 234.773 TEUR)
Erlöse aus Pflegeleistungen	5.387 TEUR (Vj 4.418 TEUR)
Praxiseinnahmen	2.657 TEUR (Vj 2.672 TEUR)
Sonstige Umsatzerlöse	22.011 TEUR (Vj 19.757 TEUR)

Die sonstigen Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich Erlöse aus Vermietung und Verpachtung, Erlöse aus Apothekenlieferungen an andere Krankenhäuser, Umsätze aus Küche und Casino. Sie betreffen in Höhe von TEUR 707 (Vj TEUR 1.656) Vorjahre.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.749 (Vj TEUR 1.615) enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 440 (Vj TEUR 157) enthalten. Für Aufwendungen aus der Anwendung der Art. 66 und 67 Abs. 1 bis 5 EGHGB hinsichtlich der Dotierung der Pensionsrückstellungen sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 18 (Vorjahr TEUR 18) gebucht.

In den Zinserträgen sind Beträge in Höhe von TEUR 93 (Vj TEUR 202) aus der Abzinsung von Personalrückstellungen enthalten.

Bei den Zinsaufwendungen sind TEUR 115 (Vj TEUR 227) aus der Aufzinsung von Personalrückstellungen enthalten.

VII. SONSTIGE ANGABEN

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Miet-, Wartungs- und Leasingverträgen, die nicht in der Bilanz enthalten sind, beträgt TEUR 15.639.

Diese gliedern sich wie folgt:

- bis 1 Jahr	6.798 TEUR
- 2 bis 5 Jahre	8.841 TEUR

Haftungsverhältnisse

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden (ZVK Bayern). Diese mittelbaren Versorgungszusagen werden in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EG-HGB nicht passiviert. Die ZVK Bayern ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Zweck dieser Anstalt ist es, Arbeitnehmern der Beteiligten im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Berufsunfähigkeits-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Anstalt ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Die Altersversorgung wird durch Beiträge finanziert.
Mit einer Inanspruchnahme der Gesellschaft aus der Subsidiärhaftung des Arbeitgebers ist nicht ernsthaft zu rechnen, da bereits Vermögen in erheblichem Umfang aufgebaut wurde und die ZVK Bayern eine stabile Anzahl von Beteiligten aufweist.

Der Konzern Krankenhauszweckverband Ingolstadt ist Mitglied im Abrechnungsverband I sowie im Abrechnungsverband II der ZVK Bayern.

Im Abrechnungsverband I sind diejenigen Beschäftigten versichert, die vor dem 01.01.2009 eingestellt wurden. Der Beitrag setzt sich hier aus zwei Komponenten zusammen, einer Umlage in Höhe von 3,75 % sowie einem Zusatzbeitrag in Höhe von 4,00 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Mit dem Zusatzbeitrag wird der Umstieg der ZVK Bayern von einem umlagefinanzierten auf ein kapitalgedecktes System finanziert. Der Zusatzbeitrag wurde erstmals 2003 in Höhe von 2,00 % erhoben und stieg bis zum Jahr 2007 auf 4,00 % an, wo er seitdem verblieb. Im Jahr 2013 erfolgte eine Absenkung des Umlagesatzes

im Abrechnungsverband I der ZVK Bayern von 4,75 % auf 3,75 %. Die ZVK Bayern verfügt über die Option, den Umlagesatz in den kommenden Jahren darüber hinaus stufenweise abzusenken.
Zudem ist für Beschäftigte, deren Entgelt im Dezember 2001 oberhalb der Vergütungsgruppe I BAT lag, eine Zusatzumlage in Höhe von 9,00 % des das 1,133-fache des Betrags der Entgeltgruppe 15 Stufe 6 TVöD/VKA West übersteigenden Entgelts zu zahlen.

Im Abrechnungsverband II sind diejenigen Beschäftigten versichert, die ab dem 01.01.2009 neu eingestellt wurden. Dies ist Arbeitgebern aus den Bereichen Krankenhaus, Pflege, Behinderten- und Jugendhilfe möglich. Darüber hinaus sind alle Beschäftigten der Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, ungeachtet ihres Einstellungsdatums, im Abrechnungsverband II versichert. Der Beitrag im Abrechnungsverband II beläuft sich auf 4,8 %; die Anwartschaften werden kapitalgedeckt finanziert.

Im Berichtsjahr betrug die Höhe der verbeitragten Löhne und Gehälter TEUR 151.634 (Vj. TEUR 138.292).

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat gegenüber dem Bayerischen Versorgungsverband eine selbstschuldnerische Bürgschaft für die Verbindlichkeiten übernommen, die sich aus der freiwilligen Mitgliedschaft der Klinikum Ingolstadt GmbH ergeben.

Die Klinikum Ingolstadt GmbH hat von der Bayerischen Landesstiftung München einen Zuschuss von TEUR 150 für die Errichtung eines stationären Hospizes erhalten. Zur Absicherung für die Dauer der Zweckbindung hat der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hierzu eine Bürgschaft in gleicher Höhe übernommen. Der Zuschuss ist per 31. Dezember 2024 noch mit TEUR 56 (Vj. TEUR 62) valutiert (Zweckbindungsdauer 25 Jahre bis 2034).

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat für die Wertguthaben der Altersteilzeitarbeitnehmer der Klinikum Ingolstadt GmbH, sowie sämtlicher 100 % - Tochtergesellschaften der Klinikum Ingolstadt GmbH, eine Ausfallbürgschaft bis zu einem Höchstbetrag von 1,1 Mio. EUR übernommen.

Zur Besicherung von Darlehen der Klinikum Ingolstadt GmbH wurde eine Buchgrundschuld in Höhe von 18.5 Mio. EUR eingetragen, über eine Zweckbindungserklärung sind Darlehen von der Müllverwertungsanlage die Ende 2024 mit 4.55 Mio. EUR (Vj. 4.9 Mio. EUR) valutieren, damit besichert.

Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der genannten Bürgschaften und Grundschulden schätzen wir auf Grund der gegenwärtigen Bonität und des Zahlungsverhaltens der Begünstigten in der Vergangenheit als sehr gering ein; Anhaltspunkte für eine andere Beurteilung liegen uns derzeit nicht vor.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat gegenüber dem Freistaat Bayern eine Bürgschaft für Förderleistungen, die an die Klinikum Ingolstadt GmbH gewährt wurden, in Höhe von EUR 70.818.230,-- übernommen. Diese Bürgschaft ist derzeit mit 2,8 Mio. EUR (Vj. 2,9 Mio. EUR) valutiert.

Bezüglich der Fördermittel für die Generalsanierung, die an die Klinikum Ingolstadt GmbH gewährt werden, hat der Krankenhauszweckverband Ingolstadt für den Bauabschnitt 1 in 2015 eine weitere Bürgschaft in Höhe von EUR 66.990.000,-- gegenüber dem Freistaat Bayern übernommen. Davon wurden bisher Fördermittel in Höhe von EUR 39.330.000,-- ausbezahlt. Für den Bauabschnitt 2 wurde in 2017 eine Bürgschaft von EUR 35.532.400,-- übernommen, die ausbezahlten Fördermittel betragen zum 31.12.2024 EUR 19.590.000,--.

Mit Kauf der Reiser-Klinik wurden die von der Regierung von Oberbayern gewährten Fördermittel übernommen. Zur Absicherung besteht eine Grundschuld zugunsten des Freistaates Bayern in Höhe von EUR 6.646.794,45. Mit dieser Grundschuld sind auch die Fördermittel für den Umbau der Reiser-Klinik im Jahr 2018 abgesichert. Der Restbuchwert dieser Fördermaßnahmen beträgt zum Bilanzstichtag EUR 3.510.784 (Vj. EUR 3.773.944).

Nach der Krankenhausstrukturfondsverordnung werden bei der Klinikum Ingolstadt GmbH IT-Vorhaben mit 13 Einzelmaßnahmen mit einem Betrag von EUR 3.856.064,56 durch die Regierung von Oberbayern gefördert. Zur Absicherung hat der Krankenhauszweckverband eine Bürgschaft in gleicher Höhe an den Freistaat Bayern gewährt. Davon wurden zum 31.12.2023 bereits EUR 1,7 Mio. ausbezahlt, im Jahr 2024 erfolgte keine Auszahlung.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat 2023 eine Bürgschaft in Höhe von EUR 2.750.000 zur Absicherung der Baumaßnahme „Erneuerung Netzersatzanlage Süd" bei der Klinikum Ingolstadt GmbH an den Freistaat Bayern gewährt. Davon wurden bisher Fördermittel von EUR 1.000.000 ausbezahlt.

Ebenfalls an den Freistaat Bayern wurde in 2023 eine Bürgschaft von EUR 2.521.212 gewährt für die

Errichtung der Tagesklinik Psychiatrie in Eichstätt, davon wurden bisher Fördermittel in Höhe von EUR 2.303.000,-- ausbezahlt.

Für die Ertüchtigung der Sprinklerversorgung bei der Klinikum Ingolstadt GmbH wurde im Geschäftsjahr 2024 eine weitere Bürgschaft an den Freistaat Bayern von EUR 1.484.878 gewährt. Hier wurden bisher noch keine Fördermittel ausbezahlt.

Da diese Fördermittel zweckentsprechend verwendet werden, ist eine Inanspruchnahme dieser Bürgschaften und Grundschuld nicht wahrscheinlich.

Honorar der Abschlussprüfung für Konzern + Abschlüsse der Tochtergesellschaften

Das für das Geschäftsjahr 2024 von der Prüfungsgesellschaft berechnete Gesamthonorar von TEUR 149 brutto betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

Belegschaft

Im Jahresdurchschnitt 2024 wurden 3.036 Personen (Vj 2.975 Personen) beschäftigt, die sich wie folgt verteilen:

	2024	2023
Ärzte	432	432
Pflegedienst	1.185	1.164
MTA	369	371
Funktionsdienst	352	333
Klinisches Hauspersonal	136	131
Wirtschafts- u. Versorgungsdienst	201	200
Technischer Dienst	57	56
Verwaltungsdienst	220	209
Personal d. Ausbildungsstätten	65	60
Sonderdienste	12	12
Medizintechnik	7	7
	3.036	2.975

Organe der Gesellschaft

Zweckverbandsversammlung

Sie besteht aus dem Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, dem Bezirkstagspräsidenten des Bezirks Oberbayern und 28 weiteren Verbandsräten.

Zweckverbandsausschuss

Ausschussvorsitzender:

Dr. Christian Scharpf	Oberbürgermeister d. Stadt Ingolstadt (bis 28.02.2025)
Dr. Michael Kern	Oberbürgermeister d. Stadt Ingolstadt (ab 01.03.2025)

stellv. Vorsitzender:

Thomas Schwarzenberger	Bezirkstagspräsident
Albert Wittmann	Stadtrat, Pensionär
Stephan Ertl	Stadtrat, Polizeibeamter (ab 11.04.2024)
Dr. Anton Böhm	Stadtrat, Arzt
Petra Volkwein	Stadträtin, Hausfrau
Patricia Klein	Stadträtin, Dipl. Rechtspflegerin
Dr. Michael Kern	Stadtrat, Jurist (bis 28.02.2025)

Robert Schidlmeier	Stadtrat, Pensionär (ab 01.03.2025)
Dr. Christoph Spaeth	Stadtrat, Arzt
Hans Stachel	Stadtrat, Unternehmer
Raimund Köstler	Stadtrat, Informatiker
Ludwig Bayer	Bezirksrat, Landwirtschaftsmeister
Joachim Siebler	Bezirksrat, Berufsschullehrer

Den Mitgliedern des Zweckverbandsausschusses und der Zweckverbandsversammlung wurden Vergütungen in Höhe von TEUR 9,0 bezahlt.

Werkleitung

Dr. Andreas Tiete
Jochen Bocklet

Die Angabe der Organbezüge unterbleibt in analoger Inanspruchnahme des § 286 Abs. 4 HGB.

Gewinnverwendungsvorschlag des Mutterunternehmens

Die Werkleitung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2024 von EUR 4.785.985,87 mit dem bestehenden Gewinnvortrag von EUR 5.557.241,95 zu verrechnen und den sich hieraus ergebenden Bilanzgewinn in Höhe von EUR 771.256,08 auf neue Rechnung vorzutragen

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für eine Beurteilung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2024 nicht eingetreten.

Ingolstadt, 22. Oktober 2025

Jochen Bocklet (Werkleiter)	Dr. Andreas Tiete (Werkleiter)

Anlagennachweis

Anlagennachweis zum 31.12.2024 Krankenhauszweckverband Ingolstadt Konzernabschluss

Bilanz-position Anlagengruppen	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibung						
	Anfangsstand €	Zugang €	Umbuchungen €	Abgang €	Endstand €	Anfangsstand €	Abschr. d. Geschäftsjahres €	Umbuchg. €	Entnahme für Abgänge €	Endstand €	Restbuchwerte Stand 31.12.24 €	Restbuchwerte Stand 31.12.23 €
A I Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	17.838.635,94	811.948,97	135.648,70	0,00	18.786.233,61	14.547.326,94	1.205.080,67	0,00	0,00	15.752.407,61	3.033.826,00	3.291.309,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert	1.066.837,72	0,00	0,00	0,00	1.066.837,72	1.023.937,72	15.600,00	0,00	0,00	1.039.537,72	27.300,00	42.900,00
Summe A I	**18.905.473,66**	**811.948,97**	**135.648,70**	**0,00**	**19.853.071,33**	**15.571.264,66**	**1.220.680,67**	**0,00**	**0,00**	**16.791.945,33**	**3.061.126,00**	**3.334.209,00**
A II Sachanlagen												
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	366.528.814,40	5.385.836,67	31.535.550,92	832.370,66	402.617.831,33	214.729.991,78	10.583.465,59	0,00	832.370,66	224.481.086,71	178.136.744,62	151.798.822,62
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	6.876.253,26	4.135,64	0,00	0,00	6.880.388,90	4.534.646,65	203.670,64	0,00	0,00	4.738.317,29	2.142.071,61	2.341.606,61
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	51.700,10	0,00	0,00	0,00	51.700,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	51.700,10	51.700,10
4. Technische Anlagen und Maschinen	33.912.532,82	1.713.944,61	0,00	16.260,69	35.610.216,74	26.352.158,82	1.059.487,61	0,00	16.207,69	27.395.438,74	8.214.778,00	7.560.374,00
5. Einrichtungen und Ausstattungen	89.286.244,84	7.982.023,58	161.468,58	2.333.829,72	95.095.907,28	71.969.134,84	5.981.062,16	0,00	2.014.400,72	75.935.796,28	19.160.111,00	17.317.110,00
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	47.755.278,24	11.867.424,06	-31.832.668,20	0,00	27.790.034,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27.790.034,10	47.755.278,24
Summe A II	**544.410.823,66**	**26.953.364,56**	**-135.648,70**	**3.182.461,07**	**568.046.078,45**	**317.585.932,09**	**17.827.686,00**	**0,00**	**2.862.979,07**	**332.550.639,02**	**235.495.439,43**	**226.824.891,57**
A III Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	80.000,00	0,00	0,00	0,00	80.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	80.000,00	80.000,00
2. Beteiligungen	33.000,00	1.000,00	0,00	0,00	34.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34.000,00	33.000,00
Summe A III	**113.000,00**	**1.000,00**	**0,00**	**0,00**	**114.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**114.000,00**	**113.000,00**
Summe A I bis A III	**563.429.297,32**	**27.766.313,53**	**0,00**	**3.182.461,07**	**588.013.149,78**	**333.157.196,75**	**19.048.366,67**	**0,00**	**2.862.979,07**	**349.342.584,35**	**238.670.565,43**	**230.272.100,57**

Kapitalflussrechnung 2024

	2024	2023
1. Jahresfehlbetrag	-13.247.590	-21.567.813
2. +/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	19.048.373	17.765.887
3. +/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	-541.897	973.376
4. +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		
Erträge Auflösung Sonderposten	-14.023.110	-12.619.479
5. -/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgängen	312.419	13.728
6. -/+ Zunahme/Abnahme der		
Vorräte	-456.312	-50.142
Forderungen u. sonst.Vermögensg.	25.546.154	-4.095.369
sonstige Aktiva (ARAP,akt.Unterschiedsb.)	33.356	77.023
7. +/- Zunahme/Abnahme der		
Verbindlichkeiten/Sonderposten	-6.664.388	10.340.035
sonstigen Passiva (PRAP)	-1.930.616	1.881.798
- Zinserträge	-92.423	-201.734
+ Zinsaufwendungen	581.877	715.003
+ Ertragsteueraufwand	439	87
- Ertragsteuerzahlungen	-439	-87
8. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**8.565.843**	**-6.767.687**
9. + Einzahlungen aus Anlagenabgang	7.063	13.001
10. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-26.953.371	-18.550.494
12. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-811.949	-1.105.913
13. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.000	0
14. Einzahlungen von Zuschüssen/Zuwendungen für Investitionen in das Anlagevermögen (Fördermittel)	21.254.142	23.897.912
15. Cashflow der Investitionstätigkeit	**-6.505.115**	**4.254.506**
16. Einzahlungen aus EK-Zuführung/Kapitalrücklagen Verlustausgleich p. 31.12.23	23.089.075	0
Verlustausgleich 2024	24.000.000	0
17. Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten	3.500.000	12.600.000
18. - Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-22.937.189	-9.187.080
19. + Tilgungen von Ausleihungen	0	0
20. - Gezahlte Zinsen (langfristig)	-466.359	-487.598
21. Cashflow aus Finanztätigkeit	**27.185.527**	**2.925.322**

22. Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzmittelbestände (8+15+22)	22	**29.246.255**	**412.141**
23. + Finanzmittelbestand am Anfang der Periode		1.371.023	958.881
24. = Finanzmittelbestand am Ende der Periode		**30.617.278**	**1.371.023**

	2024	**2023**	Veränderung
Liquide Mittel lt. Konzernbilanz	13.317.278	1.371.023	11.946.255
Festgeldanlage Stadtkonzern	17.300.000	0	17.300.000
	30.617.278	**1.371.023**	**29.246.255**

Krankenhauszweckverband Ingolstadt

Konzerneigenkapitalspiegel 2024

	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklagen	Ergebnisvortrag	Jahres-ergebnis	Konzern-eigenkapital
	€	€	€	€	€
Stand am 1.1.2023	2.000.000,00	70.610.664,62	13.298.970,02	– 8.781.299,22	77.128.335,42
Ergebnisverwendung Vorjahr			– 8.781.299,22	8.781.299,22	0,00
Zuführung zu Rücklagen					0,00
Entnahme aus Rücklagen und Umgliederung in den Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens					0,00
Konzernjahresfehlbetrag 2023				– 21.567.813,32	– 21.567.813,32
Stand am 31.12.2023	2.000.000,00	70.610.664,62	4.517.670,80	– 21.567.813,32	55.560.522,10
Stand am 1.1.2024	2.000.000,00	70.610.664,62	4.517.670,80	– 21.567.813,32	55.560.522,10
Ergebnisverwendung Vorjahr		-23.089.075,05	1.521.261,73	21.567.813,32	0,00
Zuführung zu Rücklagen		51.782.389,27	-4.693.314,22		47.089.075,05
Entnahme aus Rücklagen und Umgliederung in den Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens					0,00
Konzernjahresfehlbetrag 2024				– 13.247.589,57	– 13.247.589,57
Stand am 31.12.2024	2.000.000,00	99.303.978,84	1.345.618,31	– 13.247.589,57	89.402.007,58

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt, Ingolstadt, und seiner Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und

- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlage-

bericht zu dienen.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zu den inhaltlich geprüften Konzernlageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Zweckverbandsversammlung für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in

Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Die Zweckverbandsversammlung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten in-

ternen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.

- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, den 22. Oktober 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

pwc digitally signed by

Anita Botzenhardt
Wirtschaftsprüfer

pwc digitally signed by

ppa. Alexander Ecker
Wirtschaftsprüfer

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
FRANKFURT AM MAIN
Zweigniederlassung München

Leerseite aus bindetechnischen Gründen

2000000656150 0